

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Mus.

Abo-nementspreis 50 Pf. pro Monat,
1,50 M. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 M.; pro Quartal 4,50 M.
Einzelne Nummern 1 M.

Telephon-Nr. 90. Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegramm-Adress: Bergarbeiter-Verband Bochum.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Abschrift unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Essen.
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhäuserstr. 42.

Ein Vorbild.

Bergknappen, ihr im Kohlenschacht;
Seht doch, wie es der Gegner macht —
Indez ihr Hader übt und Streit,
Besiegelt er euch durch Einigkeit,
Sieht fest, ganz gleich, ob Jud' ob Christ,
Am selben Strang', wie's nötig ist —
Kein "Weltanschau'n" bringt ihn zum wanken;
O lernt von ihm und laszt das Zanken. — II. K.

Dem preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe wird bange!

Seit Jahren weist der Bergarbeiterverband und sein Organ auf das zunehmende Sterbtheim der Bergarbeiter hin. Nicht nur die Unfallzahlen im Bergbau sind erschreckend, auch in dem Alterbergang des durchschnittlichen Lebensalters der Bergarbeiter zeigt sich die ganze Misere des Bergarbeiterlebens. Es ist angebracht, nochmals und auch an dieser Stelle auf dieses Sterbtheim näher hinzuzugehen. Sieht es uns doch, wohin es im Laufe der Jahrzehnte mit den Bergarbeitern gekommen ist. Es betrug in Preußen das durchschnittliche Lebensalter der Bergarbeiter beim Eintritt in die Invalidität:

Durchschnitts-		Durchschnitts-		Durchschnitts-	
Jahr	älter	Jahr	älter	Jahr	älter
1884/88	55,8	1891/95	58,5	1903	46,8
1889/93	56,4	1891/95	49,1	1904	46,7
1894/98	55,4	1898/1901	48,1	1905	48,2
1899/03	55,9	1902	48,2	1906	44,7

Im Bochumer Knappschäftsverein mit seinen nahezu 800 000 Bergarbeitern betrug gar dieses Durchschnittsalter 1906 nur noch 41,7 Jahre, in anderen Fassen noch weniger.

In Preußen betrug der Prozentsatz der neuen Invaliden im Alter von weniger als 35 Jahren 1896 noch 11 Prozent und im Jahre 1906 24 Prozent. Zur Gegenreiter stieg die Zahl von 18 auf 23 und in Oberbayern von 25 auf 35 Prozent. Im Würzgebiet ist die Zahl von 10 auf 80 Prozent gestiegen.

Das sind Zahlen, die jeden verständnisvollen Sozialpolitiker aufschrecken. Besprochen wurde die Frage des sinkenden Lebensalters der Bergarbeiter, besonders während der letzten Knappschäftszeit; auch im Reichstag hat man sich damit beschäftigen müssen.

Das Ministerium des Innern in Preußen hat sich nunmehr veranlaßt zu fragen, bei den einzelnen Knappschäftsklassen nach der Ursache dieses Zustandes zu forschen. Dem Ministerium fiel es — nach einem uns vorliegenden Schreiben — auf, daß die Statistiken der Knappschäftsvereine in den letzten Jahren fast durchweg eine Verschlechterung hinsichtlich der Zahl der Krankheitsfälle und eine Verminderung des Durchschnittsalters bei Eintritt in die Invalidität erkennen lassen. Es hat deshalb der Minister für Handel und Gewerbe bei den Knappschäftsvereinen um eine gutachtlische Neuherierung darüber ersucht, auf welche Ursache diese ungünstige Entwicklung hauptsächlich zurückzuführen ist, ob auf Veränderungen der Gesetzgebung oder der Säugung der Vereine oder, wie die Arbeiterpresse behauptet, auf eine Verschlechterung der die Gesundheit der Arbeiter beeinflussenden Verhältnisse beim Bergbau betrieben, oder ob andere Umstände etwa sonst noch mitgewirkt haben. Der Minister hat gleichzeitig empfohlen, daß die Knappschäftsvereine vor ihrer Neuherierung auch die Ansicht einiger erfahrener Knappschäftsärzte und Knappschäftsärztesten einholen möchten.

Wir sehen, den Herren am grünen Tisch wird bange. Sie lassen

eine Urfrage abhalten, tun aber so, als ob es außer den Knappschäftsvereinen und ihren Angestellten niemand mehr gäbe, der Auskunft über die Ursachen der erschreckenden Zustände im Bergbau geben könnte. Das ist schlimm für diejenigen, die später nach Abhilfsmitteln suchen müssen im Bergbau. Hier, Herr Minister, steht es an Haupt und Gliedern; es mangelt an einem vernünftigen Bergarbeiter-Schuh, die diesbezügliche Gesetzgebung ist vollständig verpfuscht mit und ohne Willen der preußischen Regierung, und was an Schuhbestimmungen für die Bergarbeiter erlassen worden ist, steht meistens nur auf dem Papier. Der preußische Minister sollte angesichts des völligen Bankrotts der Bergarbeiter-Schuhgesetzgebung in Preußen, die ein solches Ende nicht hat verhindern können, eher noch vermehren, sich sagen, daß es Zeit ist, einmal den Forderungen der Bergarbeiter näherzutreten. Ein Reichsberggesetz, wie es von den Bergarbeitern gewünscht wird, und wie es von den Volkswirtschaftlern, Aeraten und sonstigen bedeutenden Männern der Wissenschaft untersucht wird, kann hier nur helfend eingreifen. Aber den Minister mag der Mut fehlen, hier mit den Grubenbesitzern anzuhanteln. Und das ist nicht nur schlimm, sondern auch empfindlich. Will man wieder den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen? Wir denken, es ist hohe Zeit, daß man am grünen Tisch endlich lernt, wie man Bergarbeiterleben und Bergarbeitergesundheit zu schützen hat. In England würde man nach alten Beispielen längst eine Kommission eingesetzt haben, um den Ursachen auf den Grund zu kommen und zu einer solchen Kommission würde man als berufene Vertreter der Bergarbeiter auch die Leiter der Bergarbeiterorganisationen, ohne Rücksicht auf deren Parteistellung, zugreifen. Manches wäre bei uns anders, geschähe gleiches!

So lange man den alten konservativen Standpunkt in der preußischen Regierung nicht verläßt, wird es nicht anders werden. Das können wir heute schon sagen. Die Knappschäftsvereine, die meistens unter dem Einfluß der Bergarbeiterbesitzer stehen, werden sich schon öffnen über die Zustände, wie es ihnen geht. Und der Staubbau am Volkskörper geht weiter. Keinen Gründen und Gründe werden weitere massenhaft zeigen, wie rückhaltslos es mit der Bergarbeiter-Schuhgesetzgebung in Preußen

verbunden ist.

Anzeigen kosten die sieben geplakten Kolonien je sechs reich, deren Baum 1.—Mark. Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 25maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telegramm-Adress: Bergarbeiter-Verband Bochum.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tag oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Deutschland bestellt ist. Fühlt man da oben nicht die Verantwortung? Und muß es so sein, daß man das Material bei möglichst unverdächtigen Unternehmern freuen und schließlich bei den Bergarbeiterbesitzern allein zusammensucht? Warum schlecht man die Bergarbeiterorganisationen bei solch wichtigen Befragungen bezügl. Untersuchungen aus?

Irrgänge im Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter.

Wenn der eine holt der andere hilft, einer vom andern nichts weiß, keiner für die gewerkschaftlichen Handlungen seiner Kollegen die Verantwortung übernehmen will, und wenn man schließlich heute Beschlüsse fäßt, morgen sie aber schon mit Füßen tritt, dann ist die Frage überflüssig, wohin die Weise gehen mag. Kein Mensch weiß es. Man muß sich da schon an bestimmte Tatsachen halten, feststellen, was passiert, und die Dinge weiter im Auge behalten.

Der eine zieht holt, der andere hilft. Beschlüsse sind da eben wohlfeil wie Brombeeren. Der augenblickliche Effekt ist alles, was man sich wünscht. In dieser sicher wenig bedeutenswerten Lage haben wir die Leitung — wenn von einer solchen wirklich noch die Weise sein kann — des Gewerbevereins in den letzten Jahren recht häufig gefunden. Die unbekümmerte, fortgesetzte wechselnde Stellung der Gewerbevereinsführer ist nicht nur uns, sondern allen bekannt, die sich mit dem Gewerbeverein und seinen Führern mehr oder weniger zu beschäftigen haben. Kenner, selbst aus dem christlichen Gewerkschaftslager, haben sich über eine solche "Führung" eines großen christlichen Arbeiterverbandes oft genug aufzuhalten müssen. Wer erinnert sich nicht an die Behrensaffäre, an die Haltung christlicher Altkatholiken in den einzelnen Knappschäftsvereinen, an die politische Ausschaltung der letzten preußischen Berggesetzesreformen durch Gewerbevereinsführer ins. Links und rechts, für und gegen, einmal so, dann wieder anders. Es ist zum totsachen! Aber es ist nicht anders, von dieser Wahrschafft hält keiner einen Stiel mehr ab. Diese Wahrschafft ist uns auch nicht neu, wir haben sie längst gekannt, und wo wir gezwungen waren, mit dem Gewerbeverein zu arbeiten, haben wir unsere Haltung danach eingerichtet. Oft sehr oft mußten wir uns sagen: Was wird der Gewerbeverein heute beschließen, wie aber wird er morgen handeln? Und wir taten gut daran, unter solchen Voraussetzungen zu arbeiten. Doch erzählen wir an einigen neuen Beispielen, wessen man sich zu vergegenwärtigen hat bei den "glänzenden Strategen" im Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter. Nur einige Schilderlein von den letzten Knappschäftswochen in Oberbayern.

Der "Bergknappe" hat sich begnügt, aus einer Bergarbeiterversammlung in Hausham, die sich mit den Knappschäftswochen beschäftigte, zu berichten. Siegesjubel oder eine sonstige Genugtuung erfüllt diesen Versammlungsbericht nicht, man hant nur ein wenig nach bekanntem Muster die Wahrschafft platt, das ist alles. Nicht einmal die Resultate der Altkatholikenwahl gibt der "Bergknappe" bekannt. Wohl aber wird dem Verbande der Vorwurf gemacht, daß er in Oberbayern die christlichen Bergarbeiter gezwungen habe, sich der Wahl zu enthalten, angeblich, weil der Bezirksleiter des Verbandes in Oberbayern ein großes Birkular gegen den christlichen Gewerbeverein und seine Anhänger in Oberbayern zur Verbreitung gebracht habe. Wie stehen nun die Dinge?

Um 28. Mai fanden die Knappschäftswochen statt. Vorher trat man christlicherseits mit der Ansicht hervor, mit dem Verbande eine gemeinschaftliche Kandidatenliste aufzustellen, wobei selbstverständlich Bescheidenheit keine christliche Tugend bildete. Wir geben durchaus zu, daß einer solchen gemeinschaftlichen Liste recht wenig im Wege gestanden hätte, wenn nicht inzwischen in heimlichster und heimlichster Weise und zwar christlicherseits eine Agitation gegen Bestimmungen des Miesbacher Knappschäftsstatuts — um den Miesbacher Knappschäftsverein handelte es sich bei den Wahlen — eingeleitet worden wäre, gegen die sich jeder vernünftig denkende Mensch aufzubauen mußte. Das Knappschäftsstatut des Miesbacher Vereins bietet für die Knappschäftsmitglieder, Dank der rücksichtigen Arbeit der Verbandsältesten, gegenüber dem früheren Zustand eine Anzahl Vorteile, so u. a. heißt es in § 5 unter Abfindung:

"Jedes freiwillig oder gezwungen austretende Vereinsmitglied, gleichviel, ob dasselbe ständig oder unständig ist, hat Anspruch auf eine ihm bei seinem Ausscheiden auszuhaltende Vergütung (Abfindung) in der Höhe von 30 Prozent der von ihm zur Pensionstasse geleisteten Mitgliederbeiträge."

Eine andere Bestimmung in § 18 des Statuts lautet:

"Berunglüdt ein ständiges Mitglied in der Werkarbeit ohne eigenes großes Verschulden und wird es dadurch Invalid, so erhält daselbe, die um fünf Dienstjahre höher stehende Invalidenpension seiner Klasse."

Was nun niemand für möglich halten wird und doch auf Wahrheit beruht, war, daß im christlichen Gewerbevereinslager statt einer Agitation für Erweiterung dieser Bestimmungen eine solche für Beseitigung vornehmlich der ersten Bestimmung entfaltet wurde. Heimlich, nicht in öffentlichen Versammlungen. Nur wenn man "unter sich" in christlichen Gewerbevereinsversammlungen war, sprach man sich offen aus und von da aus wurde dann vom Mund zu Mund — selbstverständlich wo man es anzubringen hoffte — weiter gewußt.

Angenommen sollte mit Fortfall dieser Bestimmung die Klasse gestärkt werden, im Grunde genommen erwartete man durch diese Agitation das Wohlwollen der Werksleitung im Knappschäftsverein. Eine andere Erklärung für ein solch ungewöhnliches und arbeiterfeindliches Bestreben zu finden, ist nicht möglich. Doch genug, der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes erhielt früh genug Kenntnis von diesem Treiben und er sah es für seine Pflicht an, dem dunklen Treiben der christlichen Gewerkschaftler die Spitze zu brechen. Von einem Bräutigam gehen mit den Christlichen konnte nach diesen Vorkommen keine Rede mehr sein. Das wird jedermann, der die Bestrebungen der Bergarbeiterorganisationen im Knappschäftsweisen kennt, zugeben müssen. Kein organisierter Bergarbeiter konnte die Verantwortung dafür tragen, wenn die christlichen Altkatholiken nachher ihr Wollen in die Tat umsetzen. Im Gegenteil, es mußte im Interesse der Knappschäftsmitglieder alles getan werden, um über das Vorgehen der christlichen Gewerbeverein in Oberbayern Aufklärung zu schaffen.

Und daran hat es unser Bezirksleiter nicht fehlen lassen; so u. a. richtete er ein Birkular an die Vertrauensleute und Knappschäftsmitglieder der oberbayerischen Altkatholiken — die die Miesbacher Knappschäftswochen bildet — worin er auf das Treiben der Gewerbevereiner aufmerksam machte. Das Birkular richtete sich an einen bestimmten Kreis von Leuten und der Bezirksleiter Straßer ließ in echt bayrischer Weise seinem Horn in diesem Birkular freien Raum. Wir betonen, daß wir uns beim Abschaffen des Birkulars manches enthalten hätten, aber sachlich war unser Arbeiter der oben in den Bergen völlig im Recht. Wenn er seine Schreibweise nicht in klare Worte elbwängte, so hatten es die Gewerbevereiner redlich verdient. Das Schreiben lautet:

„An die Vertrauensleute und Knappschäftsältesten der oberbayerischen Aktiengesellschaft!

Kameraden! Es wird euch bekannt sein, daß am 28. Mai in Penzberg, Hausham und Miesbach die Knappschäftswochen stattfinden. Selbstverständlich müssen wir auch sofort Stellung dazu nehmen. Schön deshalb, weil die christliche Gippschafft für die heutige Wahl glaubt, extra was Neues und aufrichtiges erfunden zu haben und sich in ihrer blöden Weise nicht schämen, mit solchen Mitteln zu arbeiten. Es wird den Kameraden schon größtmöglich bekannt sein, daß die Christlichen gegen unseres Knappschäftsstatutes in der heutigen Form sind und sie mit der Abschaffung des Statutes, daß die Auszahlung der 30 Prozent eingestellt werde, sich befassen. Nicht genug mit diesem Arbeiterverein, wollen sie im Interesse der Pensionstasse auch noch die fünf hinzukommenden Dienstjahre bei einem erloschten Unfall abschaffen. Und diese Arbeitervereine, die nicht bloß den Gesunden, auch den Kranken bestehen wollen, haben die Sterne, sich arbeiten freundlich hinzustellen und glauben Stühmen fangen zu können. Der christliche Gewerkschaftssekretär Funke ist mit diesen Plänen einverstanden und glaubt, es gebe so viele Verlekte, die diesen Ansatz auf unsere jüngsten Statuten mitnehmen. Kameraden sorgt dafür, daß dieser schriftliche Streit gehörig zur Welt gebracht wird. Diese Werkstätte sind zu jeder Tat fähig, nur um ein paar so santere Kunden als Altkatholiken hinzubringen. Wie es herauftauschen würde, erhebt ihr auf ihrem Vorhaben. Zur Schonung der Pensionstasse sind andere Mittel zu nehmen, als dem Arbeiter seine Gehälter abzustecken. Wenn die Pensionstasse bricht, hat nicht die Gesellschaft, sondern hauptsächlich die L... Madrubsly und Willemschul. Wir wollen keinen Rücktritt, sondern unsere Statuten noch nicht ausbauen, darum heißt es die Kameraden über die sauberer Pläne aufzuklären, um den Altkatholiken ihren Lohn zu geben. Mit kameradschaftlichem Glück auf!"

Straßer, Franz, Bezirksleiter."

Als die Christlichen von diesem Birkular und seinem Inhalt erfuhren, schauten sie vor Wut. Wie gesagt, die Form und Art des Schreibens ist urbares. Der Inhalt selbst aber zeigte, daß die Pläne der Christlichen erkannt waren.

Wie nun sich im christlichen Lager aus der Affäre herausziehen, ohne sich jene Blöße zu geben, die sich für die Christlichen nunmehr aus den Wahlen ergeben müssten? Guter Rat war teuer. Doch halt, die Gewerbevereiner gingen hin zum Direktor Engel, der auch Vorstandsmitglied des Knappschäftsvereins ist, und batzen diesen, doch dafür zu sorgen, daß ihnen einige Mandate bei den Wahlen verblieben. Der Direktor erklärte, daß er unmöglich das Statut allein ändern könne, die Wahlen habe nicht er, sondern die Mitglieder vorzunehmen. Herr Engel war so freundlich, von dieser Unterredung den Verbandsmitgliedern Himmelsthür in Penzberg und Götschel-Hausham Mitteilung zu machen. Nicht nur zeigte es sich, daß die christlichen Herrschaften arbeiterfeindliche Pläne spannen, sondern daß sie auch die Werksleitung für ihre Pläne zu gewinnen suchten. Das war der zweite Streit, für den das eine oder das andere harte Wort sicher am Platze ist, daß Straßer für ein solches Verhalten im Birkular prägte.

Nun könnte man der Meinung sein, daß es sich um Dummköpfe einzelner Gewerbevereinsmitglieder handelt — die christlichen Führer könnten unmöglich ein solches Vorgehen gutheißen. Überwarten!

Für Sonntag, den 17. Mai hatten die Christlichen in Penzberg eine Protestversammlung einberufen, in der fürchterliche Abrechnung mit Straßer abgehalten werden sollte. Dieser war eingeladen und erschien und mit ihm auch Poforny, der sich ausdrücklich der Altkatholikenwahl in Oberbayern aufstellt. Die Abrechnung erfolgte nicht nur hier, sondern auch in einer zweiten Versammlung, die für diesen Tag verbandsmäßig in Penzberg einberufen war. Herr Funke, den sich die Christlichen als Redner aus München hatten verschreiben lassen, hat in Penzberg keinen guten Tag verlebt. Und doch hatte der Bezirksleiter ihm nur einen Teil seiner Beweise offenbart. Man muß nämlich feststellen, daß Herr Funke das oben bezeichnete Bestreben der Christlichen nach altem Muster ableugnen wollte, aber als ihm gesagt wurde, wie die Christlichen vorgegangen waren, fand er keine Worte der Entschuldigung für das arbeiterfeindliche Treiben seiner Freunde. Dafür aber leerte er den belasteten Grunde, weil er vom Knappschäftsweisen recht wenig Lust hatte. Poforny quittierte ihm denn auch, daß er seine (Funkes) Rede schon ein Viertelstund mal gehört habe, er bat Funke dringend, sich doch näher mit dem Knappschäftsweisen und der Berggesetzesgebung vertraut zu machen, ehe er sich bei den Bergarbeitern betätigen wolle, oder er solle sich später aus der Gewerbevereinsleitung jemand kommen lassen. Diesen Rat befolgte Funke denn auch, am nächsten Sonntag war Johann Effert in Hausham.

In den Penzberger Versammlungen war es auch, wo Funke das interessante Geständnis ablegte, daß die Unternehmer nicht so dummköpfe seien, wie die Arbeiter und sich nicht in christliche Verbände organisierten. Und bezüglich der Frauenarbeit auf den Gruben meinte der Herr: Wenn die Genossen gegen die Frauenarbeit auf den Gruben seien, dann brauchten sie doch nicht auf den Gruben arbeiten zu lassen. Auch über dieses Eishartszept wie über obigen Herzengesetzes weiß der "Bergknappe" nichts zu berichten, auch nichts über den Eindruck, den Funke in Penzberg hinterließ. Doch Effert kam

in Hausham hatten wir das Bergügen, ihn bei uns zu sehen. Man konnte neugierig sein, wie Effert die Handlungswelt der Gewerbevereinsmitglieder beurteilen würde und was er über seinen Kollegen Funke zu sagen hatte. In einer morgens stattgefundenen christlichen Versammlung war z. nochmals auf die Frauenarbeit zu sprechen gekommen und hatte gemeint, daß sich die Frauenarbeit nicht von heute auf morgen abschaffen lässe. Bei den seitigen Lohn- oder Pensionssverhältnissen

seien manche Familien oder Witwen vorhanden, die ohne Arbeit auf den oberbayerischen Bergwerken nicht leben könnten, was sollten solche Leute denn machen? Sollten sie etwa Edelschweiß pflichten? Wir zitterten nach dem Bericht des „Bergknappen“ über diese Niede, um uns nicht jetzt noch nährenden zu lassen, daß wir etwas falsch verstanden hätten. In Hausham vor diese Niedwendung doch etwas drastischer gefallen, was die Versammlungsbesucher am Nachmittag dem Herrn Hunke nicht deutlich zu verstehen gaben. Wie dem nun auch sei. Herr Effert wiederholte stimmig die Worte Hunkes. Kein Wort der Verurteilung der Frauenarbeit, besser könnten sich Werksbesitzer und deren Agenten nicht ausdrücken, wie es durch die beiden christlichen Arbeiterführer geschah. Seit Jahren fordern wir, die christlichen Bergarbeiter, wie die christlichen Gewerkschaften überhaupt: Verbots-Verbot der Frauenarbeit in der gesundheitsschädlichen und schweren Industrie, insbesondere in Bergwerken, Grubenbetrieben und damit verbundenen Nebenanlagen, sowie im Koch- und Tiefbau, im Ziegelseifen usw. So lautet nämlich der Beschuß des zweiten deutschen (christlich-sozialen) Arbeiterkongresses in Berlin (abgehalten am 20., 21. und 22. Oktober 1907). Im Jahre 1902 fand in der Wirkungsstadt Hunke, in Ulmchen, ein Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands statt — da heißt es in einer der angenommenen Resolutionen:

Die Beschäftigung von Arbeitern in und auf Bergwerken, im Gütervertrieb und im Baugewerbe, sowie in sämtlichen Betrieben, deren Eigenart von schädlichem Einfluß in sanitärer und sozialer Beziehung für die Arbeiterinnen ist, muß gesetzlich verboten werden.

So, das sind zwei Resolutionen, die weder Hunke noch Effert wegbleiben können. Die Resolutionen der übrigen christlichen Kongresse, der christlichen und anderen Bergarbeiterkongressen schließen sich dem direkten Verbot der Frauenarbeit auf Bergwerken völlig an. In Oberbayern reist Hunke Wissens über die Forderung der Bergarbeiter: Verbot der Frauenarbeit auf Gruben und Effert stellt herbei und fundiert ihm. Wenn die Frauenarbeit nicht von heute auf morgen abgeschafft werden kann, wie Effert in Hausham meinte, dann ist es ja auch für ihn, den Gewerbevereinsstrategen, überflüssig, solche Forderungen zu erheben. Seit Jahren aber werden sie erhoben, seit Jahren werden Beschlüsse gefasst und die, die über die Durchführung dieser Beschlüsse zu wachen haben, befürchten, daß die Frauen sonst Edelschweiß pflichten müßten; befürchten, daß die Bergarbeiter nicht wissen, was sie mit ihren Frauen anfangen sollten! Hoch lebe die Frauenarbeit auf den Gruben, sie bringen Geld ins Haus, alles andere mag zum Teufel gehen. Dahin läuft doch die Stellungnahme der beiden christlichen Gewerkschaftsführer hinaus. Unser Redner, der alle die Gründe anführte, die das Verbot der Frauenarbeit auf den Gruben betreffen, war im „Bergknappen“ verbündet und in den Versammlungen ignorierte man seltens der christlichen Redner seine Gründe, so durchschlagend sie auch waren. Nein, man sucht uns im „Bergknappen“ weizumachen, besser gesagt (!) Frauen hätten sich auf die Seite Hunke's und Effert's gestellt (!!) Wo waren die Bessergerüstete?

Wagte ein Freigewerkschaftler oder ein Verbandsbeamter eine soße Stellung einzunehmen, wie es die beiden christlichen Herren in Oberbayern getan haben, nicht eine Minute blieben sie auf dem Posten. Freilich, in der Gewerbevereinsleitung zieht einer hot, der andere hü. Heute werden Beschlüsse gefaßt, morgen pfeift man auf sie.

Doch das ist noch nicht alles. Effert hält sich ja auch zu dem Treiben der christlichen Gewerbevereine in Oberbayern bezügl. der Rückzahlung der Beiträge zu erklären. Was tat er? Kein Wort des Tadelns kam auch hier von seinen Lippen. Mein, ihm war das, was Straßer in Bamberg angeführt hatte, nicht Beweis genug. Und als nun unser Bezirksleiter einen ganzen Rattenkönig von Zeugen und Namen nannte, sodass die beiden christlichen Führer bei ihren Plötzerungen den Namen tüchtig Arbeit bekamen, als die Verfassung ihrer größten Unwillen zeigte und Effert gegen die Wucht von Beweisen nichts mehr ausrichten konnte, da ging Effert hin und erklärte: „Ja, die Rückzahlung habe für die, die ausgewandert seien, doch großen Schaden gebracht. Potomys würde selbst nicht wünschen, daß z. B. im Ruhrbezirk ähnliche Einrichtungen getroffen würden.“

Das sagte Effert, der in seinen Forderungen im Knappenschaufeln unter den Gewerbevereinsführern am weitesten geht, derselbe Effert, der im Ruhrbezirk und anderswo bisher Rückzahlung der vollen Beiträge beim Ausscheiden aus der Knappenschaft verlangte, derselbe Effert, der auf den Bergarbeiterkongressen z. B. auf dem Preußentag in Essen einen Antrag mit annimmt, der die volle Rückzahlung der Beiträge für alle Knappenschaufelmitglieder verlangt und nicht nur 80 Prozent und nur für Oberbayern. Wie mag es da erst bei den andern Gewerbevereinsstrategen aussehen? Hot und hü, heute so morgen anders!

Kein Wort des Tadelns, nein Effert und Hunke kamen nach den oberbayerischen Bergwerken hin, um Abrechnung mit dem Bezirksleiter des Verbandes und mit dem Verbande selbst abzuhalten. Infolge der Aufregung, die das Vorgehen der Gewerbevereiner unter den oberbayerischen Kameraden herverursacht hatte, waren die verbandsseitig einberufenen Versammlungen so stark besucht, wie man es nur zu Streitzeiten gewöhnt ist. Als die beiden christlichen Führer das Vorgehen ihrer lieben Freunde zu beschönigen versuchten, da gab es Augenblicke, wo die Bandschneider eingreifen mußten, um das schlimmste zu verhindern. So hatten sich die beiden christlichen Strategen die „Herzen im Fluge erobert“. Herr Hunke fand in Hausham sehr gut, daß er dem Verlangen Potomys, mit Singermühlen und älteren weiteren erlogenem Gedichten über die Sozialdemokratie und einzelne Personen aufzuhören und sich möglichst an die Tagesordnung zu halten, stattgab. Nicht mir, weil diese Sachen mit der Entwicklung der Tagesordnung nichts zu tun hatten, sondern auch aus dem Grunde, weil man bei weiterer Leierung des Zitatensatzes aus M-Gladbach der Erregung nicht mehr Herr geworden wäre. Der oberbayerische Bergarbeiter hat ein seines Gefühl für Recht und Unrecht. Und als Effert beim Schlußwort Potomys, diesen fortgesetzt unterbrach, ja sich gleichzeitig als zweiter Redner etablierte, da wurde er recht energisch auf seinen Stuhl herabgedrückt! „Setzt bitte Platz!“ sonst geht aus! verstanden!“ Und Herr Effert rückte. Er wurde sofort ruhig und zog mit seinem Fahnen ab — ein tugendhafter Mann. Dann kamen die Versammlungen, die bis dahin für 2 Stunden gedauert hatte, ihre weiteren Geschäfte ruhig erledigen. Nach einem, in Sulzbach (Oberpfalz), trafen wir Effert wieder. Ihm ging es ähnlich wie in Hausham. Und dabei waren die Leute in Sulzbach bis vor kurzem ziemlich alle im Gewerbeverein organisiert. An die Abrechnung werden also die Herren Effert und Hunke nach lange zurückliegenden, mehr aber noch an den Ausgang der Wahlen, die die Bergarbeiter massenhaft an die Urne trieben. Sie kamen zu vielen Hundernten und quittierten die Abrechnung vollends. Der Wahltag war ein Ehren- und Siegestag für den Bergarbeiterverband. Hätte der Gewerbeverein sich an der Wahl beteiligt, mit wettenden Tumulten gegen eins, er hätte nicht den wölfsten Teil Wähler aufzubringen vermocht, was der Verband an Stimmen erhielt. Dem Gewerbeverein kam das Bitkular Strässers zur rechten Zeit, um sich der Blamage eines alljährlichen Wahlausfalls entziehen zu können. Der Gewerbeverein proklamierte an der Stelle Wahlentlastung, wo seine Mitglieder in Oberbayern alle Ursache hatten, in sich zu gehen. Ihr arbeiterfreindliches Treiben hat sie um den letzten Rest von Reueinnahme gebracht. Und die herbeigeeilten Führer verwundeten nicht mehr den Starren aus den Dreck zu ziehen. Wie

wir oben sehen, haben sie den Starren noch mehr verfahren, haben sich gezeigt als Leute, die das Vertrauen nicht verdienten, was sie von den Bergleuten beanspruchen. Schwankend, unbeständig, heute so, morgen anders, einmal hot, dann hilf! Die Christlichen sind nun ihre Führer wirklich nicht zu beneiden!

Der 19. internationale Bergarbeiterkongress in Paris.

Der 19. internationale Bergarbeiterkongress trat am 8. Juni in São do Globo in Paris zusammen. Es sind vertreten: Großbritannien 75 Delegierte für 598 154 organisierte Bergarbeiter (711 000 Beschäftigte); Deutschland 17 Delegierte für 146 000 organisierte Bergarbeiter (782 684 Beschäftigte); Frankreich 27 Delegierte für 40 000 organisierte Bergarbeiter (176 000 Beschäftigte); Österreich 2 Delegierte für 82 700 organisierte Bergarbeiter (188 000 Beschäftigte); Belgien 10 Delegierte für 44 000 organisierte Bergarbeiter (187 455 Beschäftigte). Wie stark die Organisation der Bergarbeiterchaft in Großbritannien in den letzten Jahren fortgeschritten ist, erhebt daraus, daß in einzelnen Bezirken die gesamten Bergarbeiter organisiert sind (in Durham beispielweise sämtliche 98 000 Beschäftigte).

Die Amerikaner wurden erwartet, waren aber nicht erschienen.

Die Gründe hierfür liegen sicher nicht in dem Aufgeben des internationalen Handels der amerikanischen Bergarbeiter. Auch der Gewerbeverein christlicher Bergleute in Deutschland hat davon abgesehen, den Kongress zu besuchen, aber aus Gründen, die recht wenig stichhaltig sind und die von Effert in der Abendausgabe der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom Donnerstag den 11. Juni veröffentlicht wurden. Wir bemerken, daß das Grubenbesitzerorgan als erstes die Erklärung Efferts bringt, was vielleicht auf die guten Beziehungen zwischen ihm und Effert schließen läßt. Dem Generalsekretär stehen doch zur Verteilung der Haltung des Gewerbevereins massenhafte andere Organe zur Verfügung. Vielleicht spricht sich Effert näher darüber aus. Seine Mitteilung an das Bechenorgan lautet, nachdem er dargelegt hat, daß er schon auf dem letzten Kongress dem Antrage entgegengetreten sei, aus jedem Land nur eine Organisation zuzulassen, wegen dessen sozialdemokratischer Richtung, und daß dieser Antrag dann auf das internationale Komitee verwiesen sei, wie folgt:

„In dieses Komitee wurden nur Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes gewählt, obwohl die übrigen deutschen Delegierten fast eben so viele organisierte Bergarbeiter vertraten, als der Verband. Zur Vorbereitung des Pariser Kongresses trat dann dieses Komitee in Brüssel in diesem Jahre zusammen und es wurde beschlossen, aus jedem Lande nur eine Organisation zuzulassen, um gewisse Schwierigkeiten zu verhindern. In einem Beitragssatirel wurde darauf hingewiesen, daß diese Bestimmung für Deutschland keine Schwierigkeiten ergeben würde, da sämtliche Bergarbeiterverbände in der Siebenenkommission vertreten seien, und Hué sandte dem Gewerbeverein ein Schreiben, man möge sich über die Beschuldigung des Kongresses in der Siebenenkommission einigen.“

„In dieses Komitee wurden nur Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes gewählt, obwohl die übrigen deutschen Delegierten fast eben so viele organisierte Bergarbeiter vertraten, als der Verband. Zur Vorbereitung des Pariser Kongresses trat dann dieses Komitee in Brüssel in diesem Jahre zusammen und es wurde beschlossen, aus jedem Lande nur eine Organisation zuzulassen, um gewisse Schwierigkeiten zu verhindern. In einem Beitragssatirel wurde darauf hingewiesen, daß diese Bestimmung für Deutschland keine Schwierigkeiten ergeben würde, da sämtliche Bergarbeiterverbände in der Siebenenkommission vertreten seien, und Hué sandte dem Gewerbeverein ein Schreiben, man möge sich über die Beschuldigung des Kongresses in der Siebenenkommission einigen.“

Der Gewerbeverein ist auf dieses Schreiben aus wohlberechtigten Gründen nicht eingegangen. Er hat erstens keine Lust, sich auf solchen Kongressen so behaufen zu lassen, wie es voriges Jahr in Salzburg von dem alten Verband versucht, ebenso von dem kaum allein sich bewegen könnten Österreichischen Verband, was jedoch von den Delegierten des Gewerbevereins energisch zurückgewiesen wurde. Andererseits verlangt der Gewerbeverein, daß falls der alte Verband mit den Organisationen der übrigen Länder Beschlüsse fasse, über welche die Siebenenkommission nachzubearbeiten und eventuell ebenso Beschlüsse fassen soll, diese Beschlüsse vor ihrer Verabschiedung ihm mitgeteilt werden, damit der Vorstand des Gewerbevereins vorher die Angelegenheit beraten und seinen Mitgliedern in der Siebenenkommission Wissung für ihre Stellungnahme geben kann.“

Soweit Effert. Für uns ist sehr interessant, daß der Generalsekretär und Vorsitzender der Siebenenkommission jetzt erst und das noch in einem Bechenorgan, mit seiner Ansicht heranschreibt. Warum nicht da, als der Gewerbeverein das Schreiben von Hué, der internationalen Sekretär ist, erhielt. Warum überhaupt nicht eher, damit die von Effert im tiefen Busen begrabene Meinung zur Diskussion gestellt wurde, irgendwo in der Siebenenkommission, im Komitee etc. Hué als internationaler Sekretär hatte Beschlüsse auszuführen, wenn diese dem Gewerbeverein nicht genehm sind, konnte Effert sich melden oder warten, bis der Kongress kam, der einen anderen Beschuß herbeiführte. Die übrigen Verbände, die ebenso behandelt wurden und behandelt werden müssen, wie der Gewerbeverein, sind in Paris vertreten. Was Effert da in seiner Erklärung herausstellt, das sind kindliche Verlegenheitsphrasen. Warum sagt er nicht klar und klar die Wahrheit. Wie berichtet wird, hat die deutsche Delegation des Bergarbeiterverbandes — die ja entgegen obiger Erklärung in Salzburg von Effert das Zeugnis ausgestellt erhielt, daß sie sich gegen die christliche Vertretung dasselbst korrekt benommen habe — das Fernbleiben der christlichen Delegation bedauert, während die übrigen Nationen ihre Genehmigung über dieses Fernbleiben ausgesprochen haben sollen. Es ist sehr bezeichnend, daß sich der christliche Gewerbeverein nicht mehr Sympathie erwerben konnte, nicht mal bei den Engländern, die doch gewiß zum großen Teil so fromme Christen sind wie die Führer des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter. Das mag für heute genügen, es hat ja auch so gegangen.

Wir lassen die Verhandlungen im Auszuge folgen. Der 8. Juni wurde der Begrüßung der einzelnen Nationen gewidmet sowie der Festlegung der Tagesarbeiten, der Wahl der Kommissionen und Ausschüsse.

Im Namen des internationalen Komitees begrüßte das Mitglied des englischen Unterhauses, Edwards als Vorsitzender die anwesenden Delegierten. Ihm antworteten im Namen der Franzosen Gordier-Pas-de-Calais, im Namen der Belgier der Abgeordnete Marville-Mons, im Namen der Deutschen Reichstagsabgeordneten Sachse, Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes, im Namen der Österreichischen Reichstagsabgeordneten Ginge. Alle Redner feierten die steigende Macht der nationalen Bergarbeiterverbände und ihre nationale und internationale Einigkeit und betonten den festen Willen aller Bergarbeiter, für die Besserung ihrer Lage sowohl wie für die Befreiung des Proletariats unverzagt und mit vermehrter Kraft weiter zu kämpfen.

Es wurden hierarch die verschiedenen Kommissionen und Ausschüsse gewählt. Die wichtigste Kommission, die die Geschäfte ordnet, ist wie folgt zusammengesetzt: Johnson und Smith (England), Reichstagsabgeordneter Hué (Deutschland), Carolim (Österreich), Merzel (Frankreich) und Leblanc (Belgien).

Die Tagungszeiten des Kongresses wurden derart bestimmt, daß von 10 bis 12½ Uhr vormittags und von 2 bis 4½ Uhr nachmittags verhandelt wird.

Zum Tagespräsidenten für den 9. Juni wurde Lamendin (Frankreich) bestimmt. Stellvertreter sind Ginge (Österreich) und Smithy (Großbritannien).

Als Niederseiter sind Smith (für englisch-französisch) und Kötting-London (für deutsch-englisch-französisch) tätig.

Donnerstag, den 9. Juni

Die Sitzung wird von Lamendin (Frankreich als Tagespräsident) eröffnet. Das internationale Komitee hat nach dem Salzburger Beschuß, der dem Komitee aufgab, für eine einheitliche Regelung der Frage der Vertretung auf den internationalen Kongressen zu sorgen, diesen folgende Resolution vorgelegt:

„Der Kongress erkennt für jedes Land nur eine Vertretung an. Wo in einem Land mehrere selbständige Bergarbeiterorganisationen

bestehen, da haben sich über eine gemeinsame Kongreßdelegation zu verständigen. Sondervertretungen sind von der Teilnahme am Kongress ausgeschlossen.“

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Dann wird in die eigentliche Tagesordnung eingetreten und zunächst über die Frage der Vertretung der Arbeitszeit verhandelt.

Hierzu liegen folgende Resolutionen aus England vor:

„In Übereinkunft dessen, daß der Widerstand gegen die Vorlage zur Einführung des Achtstundentages in der Bergverindustrie zunimmt, richten wir an die Mitglieder aller Nationen, die der internationale Föderation angehören, den Appell, noch größere Anstrengungen zu machen, um die Regierung ihres Landes unter Benutzung aller Mittel, die in ihrer Macht stehen, zu zwingen, den Achtstundentag für Bergleute einzuführen, und nicht eben zu ruhen, bis bis der Achtstundentag „from Bank to Bank“ (vom Betreten bis zum Verlassen des Förderkörbes) in jedem Lande gesetzlich festgelegt ist.“

Die Franzosen verlangen Maßregeln zur Verbilligung eines achtstündigen Arbeitsplatzes für alle Ober- und Untertagsarbeiter.

Von belgischer Seite liegt folgender Antrag vor:

„Die Dauer des Arbeitstages darf in Gruben mit normaler Temperatur acht Stunden „from Bank to Bank“ nicht überschreiten. Die Arbeitszeit sollte höchstens sechs Stunden betragen in Gruben, in denen schädigende Wetter in großem Umfang vorkommen, oder die eine hohe Temperatur aufzuweisen haben. Diese leichtere Arbeitszeit sollte auch in Gruben herrschen, in denen die Feuchtigkeit die Gesundheit der Arbeiter schädigt.“

Auf ähnlicher Grundlage bewegt sich der deutsch-österreichische Antrag:

„Durch die Landesgesetze ist die Schichtzeit für alle Arbeiter in der Bergverindustrie auf höchstens acht Stunden zu beschränken. In den unterirdischen Betrieben ist bei hoher Temperatur nur eine höchstens sechsstündige Schicht zu gestatten.“

Berst nimmt das Wort Braces-England, Mitglied des Unterhauses. Für England ist die Frage des Achtstundentages für die Bergarbeiter aus dem Stadium der akademischen Diskussion hinausgekommen. Die englischen Bergarbeiter stehen heute am Vorabend eines großen Sieges. Die Regierung hat dem Parlament ein Gesetz vorgelegt, das den Achtstundentag für die Bergarbeiter bringt, und hoffentlich kann dem nächsten internationalen Kongress die Annahme des Gesetzes berichtet werden. Aber noch sind große Widerstände zu überwinden. Eine ungemein heftige Agitation gegen den Achtstundentag hat, gerichtet vom Gelde der Grubenlords, gegen die Vorlage eingesetzt. Schon bei den Wahlen sind ungeheure Summen von dieser Seite verwendet worden. Jetzt werden überall Resolutionen fabriziert und Gemeindevertretungen gegen den Achtstundentag mobil gemacht. Man behauptet, die Industrie werde ruinieren (Ausfall bei den Deutschen und Österreichern); ganz wie bei uns, der Kohlenpreis werde steigen usw. Über das größte Aktivum eines Volkes ist das Leben seiner Mitglieder, nicht das Interesse der Kapitalisten. Der Widerstand der Grubenbesitzer ist nun so überwältig, daß sie ein Jahr größter Prosperität hinter sich haben und die Bergwerke 40 bis 60 Prozent Dividende verteilt haben. (Hört, hört!) Die Bergarbeiter Englands sind aber entschlossen, die Vorlage durchzudringen. Der Achtstundentag ist für sie gewiß auch auf gewerkschaftlichem Wege zu erreichen. Aber sie glauben, daß für den Achtstundentag in Bergwerken so sehr die Interessen des ganzen Volkes sprechen, daß das Parlament ihn gesetzlich festlegen muß. Sollten freilich die Großkapitalisten die Verhinderung oder Verwerfung der Vorlage erreichen, dann werden die englischen Bergarbeiter auf direktem Wege den Achtstundentag erreichen. (Lebhaftes Beifall.)

Quentin (Frankreich) begründet den französischen Antrag, der sich etwas von dem englischen unterscheidet; denn in Frankreich wurde 1905 ein Gesetz, die Ver-Boudinot, angenommen, die die Arbeitszeit in den Gruben verlängert. Das Gesetz mit seinen vielen Ausnahmestipendien ermöglicht den Unternehmern, den Arbeitern so viele Überstunden aufzudrängen, daß diese die Regel bilden. Dank der gewerkschaftlichen Agitation hat die Räinner jetzt dem Senat eine neue Vorlage unterbreitet, die als Abstagszählung gelten kann und für bestimmte Kategorien von Arbeitern die Arbeitszeit verkürzt. Deshalb wird sie nicht nur von den Handelsfamilien, dem Kapital und der kapitalistischen Presse verämpft, sondern auch von den „gelben“ Gewerkschaften, die eine besondere Protestdelegation an den Senat gesendet haben. Trotz allem werden die französischen Bergarbeiter so lange kämpfen, bis sie den Achtstundentag einschließlich Ein- und Ausfahrt errungen haben. (Bravo!)

Carolim-Österreich begründet den Antrag Deutschlands und Österreichs, dem er den Vorzug vor den übrigen Anträgen gibt. Der englische Antrag schließt die Obertagsarbeiter von der Forderung des gesetzlichen Achtstundentages aus, ebenso der belgische. Der Ausdruck „from bank to bank“ ist mißverständlich, und es sei klarer, zu sagen, daß die Ein- und Ausfahrt in den acht Stunden mit einbezogen sein sollen. Hier müsse Klarheit vom Kongress geschaffen werden. (Bravo!)

Marville-Belgien: Die belgische Regierung veranstaltet seit einiger Zeit Enquêtes im In- und Auslande über die Verkürzung der Arbeitszeit. Natürlich erklärten sich die Unternehmer dagegen, aber die ungeheure Mehrzahl der Arbeiter, etwa 500 stimmt dagegen, ist dafür. Die belgischen Arbeiter sind entschlossen, den Achtstundentag zu erkämpfen; sie hoffen auch, ihn im nächsten Jahre zu erringen, falls gegebenenfalls durch energischere Mittel, als die parlamentarischen. (Bravo!)

Die Delegationen Englands, Frankreichs und Belgiens erklären sich damit einverstanden, daß die Forderung des gesetzlichen Achtstundentages auf die Obertagsarbeiter ausgedehnt werde. (Bravo! bei den Deutschen.)

Es entpint sich eine kurze Debatte über den Begriff „from bank to bank“.

Sachsen: 1905 beim großen Bergarbeiterstreik hat uns der Vertreter des Ministers, Unterstaatssekretär von Welsen, bei den Verhandlungen mit der Siebenenkommission gesagt, „from bank to bank“ heißt: einschließlich der Einfahrt, aber ohne Ausfahrt.

Abraham: Mitglied des englischen Parlaments. Der Ausdruck „from bank to bank“ ist nie anders verstanden worden als: Ein- und Ausfahrt einbezogen. Die Vorlage der englischen Regierung will freilich in den Achtstundentag nur die Einfahrt und nicht die Ausfahrt einschließen, aber das hat mit dem Ausdruck unserer Resolution nichts zu tun.

Die Festsetzung eines Minimallohnes.

Unter den beiden vorliegenden Anträgen lautet die deutsch-österreichische Resolution: „Auf dem Wege der Tarifabschlüsse müssen die Bergarbeiterorganisationen einen Minimallohn festzulegen suchen.“

Graux (Pas de Calais) begründet den französischen Antrag mit dem Hinweise, daß der gesetzliche Achtstundentag die Festsetzung eines Minimallohnes notwendig mache, weil sonst die Löhne mancher Arbeitertarifgruppe von den Unternehmern gekürzt werden würden.

Ein durch Vertrag festgelegter Minimallohn besteht in Frankreich nicht, wohl aber das ungeschriebene Abkommen, daß der Lohn eines Bergarbeiters nicht unter 6 Francs 8 Centimes täglich betragen dürfe.

Böslauer-Deutschland: Die Franzosen sind dann weiter als wir, und es wird ihnen leicht fallen, diese indirekte Anerkennung eines Minimallohnes durch Vertrag festzulegen. Wenn auch noch nicht die Bergarbeiter, so haben doch zahlreiche andere Berufe den Minimallohn durch Tarifvertrag erreicht und sie sind ohne Ausnahme gut dabei gefahren. Die deutschen Bergarbeiterlöhne zeigen die größte Verschiedenheit, obwohl die Unterhaltungskosten in allen Revieren gleich sind. Selbst in den einzelnen Gruben und bei den einzelnen Arbeitsstellen derselben Gruben ist der Lohn verschieden, namentlich dort, wo das getrennte Gedingensystem eingeführt ist. In diesem System halten die Unternehmer mit größter Fähigkeit fest, weil es zu Unmöglichkeit unter den Arbeitern führt, wobei ihr Weizen blüht. Diese Erfahrung könnte und müßte durch den Abschluß von Tarifverträgen von Organisation zu Organisation bestätigt werden. Die Möglichkeit solcher Tarifverträge für die Bergwerksindustrie ist von Autoritäten, wie dem Bergrat Goethen, anerkannt worden. In den letzten Jahren sind die Bergarbeiterlöhne in Deutschland scheinbar gestiegen.

Redner verbreitet sich dann in längeren Aussführungen über die Löhne in Deutschland und deren Anteil an der Produktion. Der Zollwucher in Deutschland hat uns die Lebensmittelversorgung gebracht, was auch die christlichen Gewerkschafter angeben müssen. Die Bergarbeiter haben keinen Vorteil aus der guten Geschäftszzeit gehabt. Umso notwendiger sind Tarifverträge mit Minimallöhnen. (Beifester Beifall.)

Sorcy-Pale (Deutschland) unterstellt in polnischer Sprache die Ausführungen Böslers, ebenso **Deshardin**-Belgien, der die gesetzliche Festsetzung des Minimallohnes verlangt. **Onion**-Wales spricht sich für die deutsche Resolution aus. In England haben sich die Organisationen den Minimallohn im Bergbau erkämpft. **Catrud**-England erwähnt, daß im Bezirk Northumbria seit 1873 eine aus Arbeitnehmern und Arbeitgbern zusammengesetzte Kommission bestehe, die u. a. auch die Lohnabstufung bestimme. Dann wird die Sitzung auf Mittwoch vertagt. Zu Präsidenten für morgen werden **Carolin**-Österreich, **Calvinaert**-Belgien (der Abgeordnete von Charleroi) und **Hall**-England (Mitglied des Parlaments) gewählt.

Mittwoch, den 10. Juni.

Die Debatte über den Minimallohn wird fortgesetzt. **Engler**-Österreich spricht sich für den Minimallohn aus. Die Resolutionen werden einstimmig angenommen. Es wird dann beraten über die Frage der

Regelung der Produktion.

Frankreich beantragt:

„Wenn in irgend einem Lande ein allgemeiner Streik ausbricht, sollten die Bergarbeiterverbände der benachbarten Länder ihre Produktion durch eine vereinbare Arbeitsausstellung beschränken.“

Ein belgischer Antrag lautet:

„Es ist für die Bergarbeiter aller Länder von größter Wichtigkeit, daß die Kohlenproduktion international geregelt wird. Wenn der Kohlenverbrauch abnimmt und die Vorräte sich anhäufen, ist es wichtig, daß Verbände in jedem Lande die Kohlenproduktion zu verringern, dadurch, daß die Arbeit an einer mehr oder weniger hohen Menge von Tagen pro Jahr eingestellt wird. Durch Befolgung dieser Taktik werden die Bergarbeiter standhaft sein, gute Lohnerhöhungen aufrecht zu erhalten und sich bessere Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Die Menge der Tage, während welcher die Arbeit eingestellt werden muß, soll von dem internationalem Komitee bestimmt werden.“

Cordier-Frankreich: Die Frage der Regelung der Produktion ist von größter Bedeutung. Dadurch, daß die Unternehmer große Vorräte an Kohlen aufspeichern, werde es ihnen leicht gemacht, Streikfleiß zu unterdrücken und Arbeiter durch Abschließung zu massenlosen. Im Jahre 1892 beispielsweise seien in Frankreich rund zwei Millionen Tonnen aufgehäuft gewesen. Dadurch könnten die Kapitalisten die Löhne drücken. Besonders in Streitfällen erweist sich nach Ansicht des Redners die internationale Regelung der Produktion als eine dringende Notwendigkeit. Cordier erinnert an den großen deutschen Streik von 1905, bei welchem belgische Kohle nach Deutschland verfrachtet wurde, und an den belgischen Aufstand, wobei französisches Brennmaterial das belgische ersetzte. Vielfach wurden auch britische Kohlen nach Nordfrankreich und Belgien verschickt. Die internationale Regelung der Kohlenproduktion löst auf große Schwierigkeiten, aber sie muß gelöst werden. (Beifall.)

Calvinaert-Belgien zeigt an der Hand von Statistiken, wie die Produktion in den einzelnen Ländern gestiegen ist. Die Erfahrung hat gezeigt, daß mit der Zunahme der Vorräte ein Sinken der Löhne hand in Hand geht. Im Jahre 1905 haben die belgischen und französischen Kameraden versucht, die Ausfuhr ins deutsche Streitgebiet zu verhindern; dieser Versuch ist aber an dem Widerstande der Unternehmer gescheitert. Es kam dann in Belgien zu einem Sympathiestreit. Als dieser zu Ende und die Vorräte ausgebrannt waren, machte sich sofort eine steigende Tendenz der Löhne bemerkbar. Die internationale Regelung der Produktion ist von fundamentaler Bedeutung für die internationale Bergarbeiterbewegung. Es sollen keine Streiks leichtfertig inszeniert werden, aber kein Ausbruch eines solchen kann und muß verlangt werden, daß zur Unterstützung der kämpfenden Kameraden die Kohlenausfuhr in die streitenden Länder nach Kräften bekämpft wird. (Beifall.)

Hue-Denmark: Es handelt sich hier allerdings um die wichtigste Frage des Kongresses. Aber weder die Anträge noch die Begründung werden dieser Wichtigkeit gerecht. Was wir gehört haben, waren fromme Wünsche und schöne Worte und sonst gar nichts.

Wenn wir an diese Frage herangehen wollen, so ist die Voraussetzung in erster Linie eine starke nationale Organisation (lebhafte Zustimmung); ferner eine weit bessere Information zwischen den einzelnen Nationen, als sie bisher vorhanden war.

Vorrede die Belgier und Franzosen haben uns bisher ohne jede Information über ihre Aktionen gelassen.

Fazit regelmäßig sind wir von ihren Streits überrascht worden, daß die Vorbereitung einer gemeinsamen Aktion gar nicht in Frage kommt. Solange darauf losgeschlagen wird, ohne daß die anderen Nationen durch Vermittelung des internationalen Komitees benachrichtigt worden sind, hat das Reden hier über Regelung der Produktion keinen Zweck.

Die belgischen Kameraden hätten uns sagen sollen, wie sie zu ihrem Antrag gekommen sind. Er ist entstanden aus den Klagen der Belgier im internationalen Komitee, daß aus England und Deutschland außergewöhnlich billige Kohlenangebote nach Belgien kämen und ihnen das Brot aus der Hand schlugen.

Tatsächlich kommt Deutschland als Kohlenausfuhrland weit weniger in Betracht als England. Bei bessrem Umgang könnten selbst die 6 Prozent der Gesamtproduktion, die Deutschland ausführt, im Lande bleiben.

England führt dagegen 25-30 Prozent aus. Es wäre nun Sache der englischen Kameraden sich zu erklären, ob sie geneigt sind, im Falle eines kontinentalen Streits dafür zu sorgen, daß wenigstens keine Erhöhung der englischen Kohlenausfuhr eintrete. Wir erwarten, daß sich die Engländer hierüber klar und klar aussprechen; auf allen anderen Kongressen haben wir es vernichtet. (Hört, hört! bei den Deutschen.) Die deutsche Kohlenausfuhr nutzt uns Deutschen gar nichts. Während deutsche und englische Kohle in Belgien billiger angeboten wird, als belgische, werden in Deutschland die Kohlen-

preise noch erhöht. (Hört, hört!) Durch die Ausfuhr zu billigeren Preisen werden Bergarbeiter und die Allgemeinheit geschädigt. Man schleptzt ins Lande und überlässt von Arbeitern aus aller Herren Länder ins Maßrevier, mir um eine Reservearmee für kommende Lohnbewegungen an der Hand zu haben. (Sehr richtig bei den Deutschen.) Dann aber wird durch die Vereinigung billiger deutscher Kohlen die Eisenproduktion in Belgien und im Ruhrrevier in den Stand gesetzt, den deutschen Stahl- und Eisenwerken erhebliche Konkurrenz zu machen. Die Ausfuhrpolitik des deutschen Kohlenindustrials setzt die kleinen deutschen Werke einfach auf den Aussterbepfad. In nächster Zeit wird sich deshalb das deutsche Parlament mit der Frage der Auflösung der Eisen- und sonstigen Materiaschäfte beschäftigen müssen. Wir handeln im Interesse der Allgemeinheit, wenn wir gegen die Syndikatopolitik der Ausfuhr billiger deutscher Kohlen eins werden. Dem Prinzip der Resolution stimmen wir vollkommen zu, aber an der Sache wird damit noch nichts geändert. Hier einzigein ist, daß es sich um eine internationale Angelegenheit ersten Ranges handelt, Sache des internationalen Komitees, das ohne die Schwierigkeit öffentlicher Verhandlungen alle Möglichkeiten prüfen kann. Wir beantragen daher, die Resolution dem internationalen Komitee zu überreichen, das über die Mittel und Wege beraten soll, wie eine Verständigung zwischen den Bergarbeitern der verschiedenen Länder herbeizuführen ist, bevor ein nationaler Streik ausbricht. Wir sehen den Schwerpunkt unserer Verständigung nicht in Kongressen, sondern in diesem internationalen Komitee. (Lebhafter Beifall.)

Die österreichische Delegation erklärt ihr volles Einverständnis mit diesen Aussführungen und verzichtet aufs Wort.

Faloni-Belgien wünscht, daß in jedem Lande ein statistisches Bureau über Produktion, Ein- und Ausfuhr, Preise vierteljährlich an die Sekretäre der nationalen Organisationen und an das internationale Komitee berichtet und daß vom Kongress eine internationale Kommission zur Kontrolle der Produktion eingesetzt werden solle.

Die englische Delegation gibt die Erklärung ab, daß sie davon absehe, sich an der Diskussion dieser Frage zu beteiligen. (Hört, hört! bei den Deutschen), daß sie aber bereit sei, für die Überweisung der Anträge an das internationale Komitee zu stimmen.

Corriau-Frankreich würde es für einen bedauerlichen Mißschuß halten, wenn der Kongress die Resolutionen, die in ähnlicher Form schon in Salzburg angenommen worden seien, diesmal ablehnen sollte.

Hall-England: In Salzburg haben einzelne englische Delegierte auf eigene Verantwortung für die Resolution gestimmt, aber nicht die englische Delegation als Ganzes. Wir meinen, daß es wichtiger ist, wenn sich zunächst das internationale Komitee in geschlossener Sitzung mit der Frage beschäftigt. Schließlich werden die Resolutionen und das Abkommen hier zunächst dem geschäftsführenden Komitee überwiesen. Die Abstimmung soll später erfolgen. Man tritt dann ein in die Beratung über

Besserung der Berggesetze

zu der die Redner der verschiedenen Länder Mitteilungen über die Unfälle machen. Die englische Resolution wird angenommen. Sie lautet:

„In Unbetacht des großen Verlustes an Menschenleben und der großen Zahl der Männer und jugendlichen Arbeiter, die jedes Jahr in den Gruben verunglücken, sollten die Berggesetze in jedem Lande so verbessert werden, daß die Sicherheit der Arbeiter in den Gruben eine größere wird.“

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist:

Verbot der Frauen- und Kinderarbeit.

Deutschland und Österreich verlangen das Verbot der Frauen- und Kinderarbeit sowie eine Bestimmung, wonach jugendliche Personen unter sechzehn Jahren nicht im unterirdischen Grubenbetriebe verwendet werden dürfen.

Graf-Deutschland. Die Kinderarbeit ist eine der häßlichsten Seiten der Arbeit in den Gruben. Leider nimmt die Kinderarbeit in Deutschland zu. Über Tage wurden jugendliche Arbeiter von 16 bis 18 Jahren 1902 28761, 1906 34472 beschäftigt; Kinder unter 14 Jahren 1902 157, 1906 137. In Preußen ist Kinder unter 16 Jahren generell die Untertagsarbeit verboten, aber Ausnahmen werden zugelassen. So wurden im schlesischen Steinkohlenrevier 1900 644, 1906 aber 1015 Kinder beschäftigt. (Hört, hört!) Im Mansfelder Erzrevier 1896 704, 1900 868, 1906 aber 94 Kinder. (Hört, hört!) Einzelne Aufsichtsbeamte haben das Herz, die Kinderarbeit unter Tage als sittlich und gesundheitsfördernd bezeichnet.

Der Redner verliest eine Reihe von Urteilen bergbehörlicher Organe über die Kinderarbeit im Bergwerksbetriebe, um nachzuweisen, daß man an diesen Stellen dieser wichtigen Angelegenheit völlig verständnislos gegenüberstehe. Die deutsche gewerkschaftliche Agitation werde leider erachtet durch die Zustände im britischen Bergbau, die von Unternehmerseite immer als Beispiel angeführt werden. Im letzten Jahre habe in England die Zahl der unterirdisch beschäftigten Kinder von 14 bis 16 Jahren 41750 betragen, die Zahl der Kinder unter 14 Jahren 5989. (Hört, hört! bei den Deutschen.) Delegierter Graf schließt mit erhobener Stimme: Bisher haben auf den Kongressen die englischen Kameraden stets erklärt, daß sie zu dieser Frage noch keine Stellung genommen haben. Wenn diese Erklärung auch heute wieder abgegeben werden sollte, so muß ich die britischen Kameraden dringend bitten, die Sache näher zu treten, damit auf dem nächsten Kongress eine Stellungnahme auch von britischer Seite erfolgen kann. Im Namen der Menschlichkeit müssen wir verlangen, daß von den Organisationen aller Länder alles getan werde, um diesen kultividrigen und unwürdigen Zustand zu beseitigen.

Einger-Österreich: Auch in Österreich ist die Kinderarbeit nicht gänzlich abgeschafft. Zehn Kinder unter 14 Jahren arbeiten noch in den Gruben und 7000 unter 16 Jahren. Die österreichische Regierung hat eine Vorlage eingebracht, die die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren in den Fabriken verbietet. Wir verlangen, daß Kinder unter 16 Jahren die Arbeit in den Gruben, wo sie als Schlepper die schwerste und gesundheitsgefährlichste Arbeit verrichten müssen, verboten wird.

Degraux-Frankreich: Im Prinzip sind wir mit dem deutschen Antrage einverstanden. Die allzutheile und harte Arbeit ruiniert die Kinder. Wir Franzosen würden eine energische und sorgfältige Agitation gegen die Kinderarbeit, besonders da bei uns im Norden und im Pas de Calais schon dreizehnjährige Kinder in die Grube steigen müssen. Aber da der Lohn der Väter bei uns noch zu niedrig ist, um die Familie zu erhalten, so müssen sie auf die Arbeitslöcher der Kinder zählen. Wir müssen daher erst Lohnerschöhungen für die Erwachsenen durchsetzen und allmäßlich und schrittweise die Kinderarbeit abschaffen.

Barbier-Belgien tritt für den deutschen Antrag ein. Auch in Belgien zeigt sich ein, wenn auch geringfügiges Anwachsen der Kinderarbeit.

Edwards-England erklärt als Vorsitzender der englischen Delegation, daß sich diese ursprünglich an der Debatte über diesen Punkt nicht habe beteiligen wollen. (Hört, hört!) Auf Drängen der Deutschen wolle er aber erklären, daß die englischen Delegierten im Prinzip durchaus auf dem Boden der Resolution ständen. Sie hätten aber von ihren Mitgliedern nicht das Mandat, dagegen zu stimmen. (Hört, hört! bei den Deutschen.) Es handle sich um eine einschneidende wirtschaftliche Frage. Viele Bergarbeiter hätten früher sogar den Achtstundentag befürwortet, weil sie befürchtet hätten, bei der dreifachen Schicht nicht genug Kinder zu haben. Dort, wo Bergwerke seien, werde weiter eingewendet, seien keine anderen Industrien vorhanden, sodass die jungen Leute keine Beschäftigung hätten. Schließlich sagten auch diese Familienältere, sie brauchten den Lohn der Kinder. (Unruhe bei den Deutschen.) Die englischen

Delegierten bekämpften alle diese Gründe und suchten die Bergarbeiter eines besseren zu belehren.

Man möge die Angelegenheit auch auf den folgenden Kongressen behandeln, vielleicht werde die Masse der britischen Bergarbeiter auf die Dauer ihren Standpunkt ändern. An dem auf dem Kongress anwesenden Führern solle es nicht liegen, wenn sie sich nicht überzeugen löse.

Bei der Abstimmung über den Gegenstand enthalten sich die britischen und französischen Delegierten der Abstimmung. Deutschland, Österreich und Belgien stimmen für den Antrag, der damit angenommen ist.

Mühmann-Deutschland referiert über die Frauenarbeit. Er arbeitet an der Hand statistischer Ziffern dar, daß die Frauenarbeit in Deutschland in der Hauptsache begriffen sei. Am schlüssigsten siehe es in Schlesien, wo die sterilen Zentrumsherren dominieren. Dort seien 9278 Frauen im Bergbau beschäftigt, das sind 29 Prozent der Gesamtzahl der in Deutschlands Bergbau tätigen Frauen. Im Ruhrbergbau sind überhaupt keine Frauen beschäftigt. Der Redner weist auf die ungünstigen Einwirkungen der Frauenarbeit auf das Familienleben hin und bittet zum Schluss dringend um Annahme der Resolution, die auch von dem folgenden Redner, dem österreichischen Reichsratsmitglied **Engler** warm unterstützt wird.

Nach weiteren Bemerkungen wird die Resolution angenommen. Zu Präsidenten für die vorjährige Sitzung wurden gewählt: **Carrot** (Belgien), **Richardt** (England) und **Sosinsti** (Deutschland). (Schluß folgt.)

Soziale Rechtsprechung und Arbeitersicherung.

Etwa vom Schiedsgerichtsverfahren.

Was wird geschrieben:

Wie manchmal die Herausgabe von Unfallrenten bewertet wird, kann man an den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung beobachten.

Legt ein Unfallverletzter gegen die Minderung seiner Rente Berufung ein, so kommt neben dem ärztlichen Gutachten dem Aufschein nach häufiger der Lohn- und Arbeitsnachweis der Zeche in Betracht. Hat z. B. der Altkläger eine Rente von 33½ Prozent bezogen und sind in den Verhältnissen der Unfallfolgen keine wesentlichen die höhere Gewerbsfähigkeit bedingen Veränderungen zu konstatieren, so heißt es des öfteren seitens des Herrn Vorsitzenden, der Altkläger verdient arbeitsfähig so und soviel, der Lohn wird nicht vergütungsweise gewährt, entspricht seinen Leistungen, wird nicht durchgezogen, möglicherweise infolge des Arbeitsverdienstes eine Verkürzung in dem Falle des Altklägers zu konstatieren, die Minderung der Rente erscheint sonach gerechtfertigt. Jeder erfahrene Arbeiter wird sich nun in derartigen Fällen die Frage vorlegen: Sind bei den Rentenminderungen die ärztlichen Gutachten oder die Lohn- und Arbeitsnachweise maßgebend?

Man versucht, hauptsächlich das letztere anzunehmen, es erscheint daher die Frage am Platze zu sein, was soll vom praktischen Standpunkt aus für die Minderung der Rente maßgebend sein, die ärztlichen Gutachten oder der Lohn- und Arbeitsnachweis der Zeche, auf welcher der Unfallverletzte beschäftigt ist?

Dass das letztere hierbei gar nicht in Frage kommen kann, wird wohl daraus zu erschließen sein, das verschiedene Behördenverwaltungen den Unfallverletzten gegenüber human verfahren und zwar soweit, als sich dieselben sagen: Der Mann ist in unserem Betriebe verletzt. Das Unfallversicherungsgesetz sieht einen vollständigen Ausgleich zwischen dem früher verdienten Lohn und der Höhe der zu bewilligenden Rente nicht vor, infogedessen wollen wir den Verletzten durch Verminderung eines angemessenen Lohnes zu entlasten suchen, während wiederum verschiedene Behördenverwaltungen herkommen und sich auf den entsprechenden Standpunkt stellen. Sie sagen, der Mann ist zwar in unserem Betriebe verletzt, ist zu so viel in seiner Gewerbsfähigkeit beschränkt, kann nur die und die Arbeit verrichten, folgedessen halten wir uns auch nicht verantwortlich, dementsprechend den Lohn zu gewähren, welcher seinen Leistungen wirklich entspricht, und so kommt es vor, daß ein Unfallverletzter auf den zuerst in Betracht kommenden Zeichens beispielweise als Bremer 4 bis 4,50 Mt., sogar in einzelnen Fällen noch mehr pro Schicht verdient, während auf anderen Zeichen wiederum der Unfallverletzte als Bremer höchstens 3, bis 3,50 Mt. erhält. Dass ein solches Verfahren der Zeichen bei Beurteilung der Rente durchaus nicht aus wohl jedem einleuchtend sein, da ja hier noch die Möglichkeit besteht, daß der eine Unfallverletzte dem anderen gegenüber infolge seines höheren Lohnes bei gleicher und schließlich höherer Gewerbsfähigkeit eine niedrigere Rente nur beanspruchen könnte.

Nach dem oben angeführten wäre zu wünschen, daß die ärztlichen Gutachten des Altklägers durch das Schiedsgericht in Betracht gezogen würden, gleichfalls müsse es sich empfehlen, den Herren Ärzten bei Abgabe eines weiteren Gutachtens nur die früheren ersten Gutachten zur Einsichtnahme vorzulegen, damit dieselben auf Grund dieser, ein neues Gutachten ausspielen hätten, dieses Verfahren würde nach Ansicht vieler auch die Arbeitern des Schiedsgerichts wesentlich erleichtern und den Verletzten sicher sehr nützlich sein!

Zur Reform der Berginspektion.

Das Blutmeer im Ruhrbergbau.

Da für das Jahr 1907 mindestens auch die Angaben über die Zahl der beschäftigten Personen im Bereich der Knappschäftsberufsgenossenschaften vorliegen, zeigt sich bezüglich der Unfallhäufigkeit fol

welchen Wert es noch für die Öffentlichkeit haben könnte, wenn, wie der Bericht für 1908, desselbe erst zwei Jahre später erscheint. So etwas sollte denn doch nicht mehr vorkommen.

* * *

Wir erhielten, als wir obigen Artikel geschrieben, noch eine kurze Mitteilung über die Rechnungs- und Vermögensübersicht für das Jahr 1907. Demnach betrugen die Einnahmen und Ausgaben bei der

Krankenkasse:

Einnahme	17 510 824,86 M.
Ausgabe	14 004 681,25 "
Überschuss	3 505 643,41 M.

Pensionskasse:

Einnahme	19 089 402,40 M.
Ausgabe	15 981 810,94 "
Überschuss	3 058 091,46 M.

Invaliditäts- und Alterskasse:

Einnahmen	8 254 708,28 M.
Ausgabe	4 627 029,68 "
Überschuss	1 677 678,55 M.

Das Gesamtvermögen stieg 1907 um 11 728 188,00 M., auf 108 022 449,62 M. Diese Zahlen bestätigen, was wir weiter oben ansführten. Und wie erst hätte die Vermögenssteigerung ausgesehen, wenn uns das Spargesetz verblieben wäre für längere Zeit. Der Zustand wurde unhaltbar. Gewiss, die Weltstet sind mit ihren Forderungen sehr beschäden gewesen.

Vorstandssitzung des Allgemeinen Knappenschaftsvereins zu Bochum am 10. Juni 1908.

In der Angelegenheit betr. Überwachung einer Generalversammlung des Allgemeinen Knappenschaftsvereins zu Bochum im vorigen Jahre war seitens des Vorstandes durch dessen Vorsitzenden Beschwerde beim Oberpräsidenten für Westfalen erhoben. Die Antwort des Oberpräsidenten wurde bekannt gegeben, deren Inhalt nicht wörtlich gegeben werden kann. Die Knappenschaftsverwaltung selbst schreibt hierzu:

"Bekanntlich hat der Allgemeine Knappenschaftsverein darüber Beschwerde geführt, daß die Polizeiverwaltung zu Bochum in die Generalversammlung des Vereins vom 28. Dezember v. J. einen Polizeibeamten entsandt hatte. Der Herr Oberpräsident hat nunmehr festgestellt, daß der Stellvertreter des Chefs der Polizeiverwaltung sofort die Zurückziehung des Beamten angeordnet hat, sobald er Kenntnis von der Sachlage erhalten hatte. Er hat weiter festgestellt, daß der Chef der Polizeiverwaltung bereits durch Schreiben vom 21. Dezember v. J. ausdrücklich erklärt hat, die Anweisung für den Polizeibeamten sei weiter von ihm noch von einem Delegenten gegeben worden. Sie beruhe vielmehr auf einem einseitigen Vorgehen des Vorstehers des politischen Büros, eines Polizeikommissars, wofür dieser zur Verantwortung gezwungen worden sei. Der Herr Oberpräsident hält deshalb dafür, daß diese Anordnung eines Organs der Ortspolizeibehörde die Ortspolizeibehörde nicht zu vertreten habe, und daß die gegen polizeiliche Verfolgungen der Ortspolizeibehörde gegebenen Rechtsmittel des § 127 des Landesverwaltungsgesetzes hier nicht Platz greifen."

Damit blieb die Angelegenheit erlebt sein. Die Vorinstanzen hatten ungeachtet obiger Feststellungen sich objektiv für berechtigt gehalten, die fragliche Versammlung als dem § 1 des Vereinigungsgeges unterstehend polizeilich überwachen zu lassen. Der Herr Oberpräsident ist dieser Meinung nicht beigetreten, wenigstens hat er in keiner Weise eine derartige Ansicht ausgesprochen, weil er dies unterlassen hat, darf angenommen werden, daß er die Ansicht der Vorinstanzen, welche den einzigen Gegenstand der Beschwerde bildet, nicht billigt. Der Vorstand betrachtet damit die Angelegenheit als erledigt."

Bei der Wahl eines Schiedsgerichtsvertreters wurde der Weltste Wihman-Wattenbergh gewählt. Bei der Wahl zu den Geschäftsausschüssen für Essen und Oberhausen wurde für Essen anstelle des Geschäftsmannes für Wittenberg, der ausdrücklich die Wahl ablehnte, ein Geschäftsmann nicht mehr vorhanden ist. Geschäftsmann anstelle Hanekes Leiblin. Tatenberg neu gewählt und für Oberhausen die beiden Ausscheidenden, Becker und Kloster, mit je acht Stimmen der Arbeitervorsteher wiedergewählt.

Mit dem Ausscheiden des jetzigen Vertrauensmannes Wehofs aus dem Vorstande, der auch dem Schiedsgericht für Vertrags-Angelegenheiten angehört, war eine Neuwahl notwendig geworden, welche auch zur Tagessordnung stand. Dabei machte Direktor Kühne den Vorschlag, anstelle des Werks- und Arbeitervorsteher - je einen - den Verwaltungsbeamten Dr. Meynen und den Oberarzt Dr. Vinzenz an zu wählen, da es nicht gut angängig wäre, daß Vorstandsmitglieder am Schiedsgericht fungierten, da diese von Seiten der Verträge als befangen abgewichen wären. Gehrhardt war gegen die Wahl der beiden Genannten. Wenn auch aus den angegebenen Gründen nicht direkt Vorstandsmitglieder gewählt werden könnten, dann seien die Beisitzer zum Schiedsgericht aus den Reihen der Werksbesitzer und Arbeitervorsteher zu wählen, die dem Vorstand nicht angehören. Vor allem müsse verlangt werden, daß bei dem Schiedsgericht auch beide Seiten der Vertreter beteiligt seien. Der Vorschlag von Direktor Kühne fand bei der Abstimmung keine Mehrheit, es ergab sich Stimmengleichheit, da die Weltstet gegen den Vorschlag stimmten. Die Angelegenheit wurde jedoch zurückgestellt.

Der Weltste Heuse von Essen hatte durch Schreiben mitgeteilt, daß er sein Amt niedergelegt. Die Neuwahl wurde auf den 25. Juli festgesetzt, weil ein Geschäftsmann nicht mehr vorhanden ist. Einwohnertafel am 25. Juli im Sprengel Nr. 25 (Wittenerhorst) Wahl statt. Einem Protest gegen die Wahl im Sprengel 287 wurde nicht beigetreten, weil in einer gleichen Angelegenheit Beschwerde beim Oberbergamt vorliegt und mit dessen Entscheidung die Frage geklärt wird.

Nach den Vorschlägen des Kuratoriums wurde die Teilung des Kurprenzels des verstorbenen Dr. Struck in Datteln gutgeschrieben und für den jetzigen Kurbezirk Datteln Dr. Dahm und für den Bezirk Meldingen Dr. Thönes gewählt. Für den austschiedenden Dr. Heedfeld in Haltern wurde Dr. Courads bestimmt. Der Bahnarzt Dr. Bartholm wurde anstelle des austschiedenden Bahnärztes Berg in Mülheim-Kirchen berufen. Für ein neu zu bildendes Kurrektor aus dem Kreis der Dr. Bentmann in Süderwick wurde Dr. Linck und anstelle des Dr. Bentmann in Ueberruhr Dr. Martini gewählt. Anstelle des Augenarztes Dr. Böhler in Borbeck ist Dr. Ohm in Bottrop, wo er auch wohnen soll, berufen. Dr. Mentler, der langjährige Vertreter des Dr. Freierich, ist anstelle des letzteren bestimmt worden und für den neu gebildeten Kurbezirk in Grünheide Dr. Nagel bestellt. Der Rechnungsausschuss hatte beschlossen, die Prüfung und Abnahme der Fahrerrechnung für 1907, dem in der Generalversammlung vom 28. Dezember 1907 gewählten Ausschuss, bestehend aus den Werksvertretern Leymanns und Biskott und den Arbeitervorsteher Munsched und Wellinghoff, zu übertragen. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

Ein Antrag der Zeche Mathias Stimes auf Aufnahme der auf ihrer Biegeler beschäftigten Arbeiter in den Verein wurde angenommen. Weiter wurde bewilligt: Ganzes Krankengeld während der Heilstättenbehandlung. Entgelte auf Wiederaufnahme in die ständige Kasse. Abstandnahme von dem Einwande der Berührung und Rückschlagsagung überholener Beträge. Unter diesen fanden auch verschiedene Ablehnungen statt. Zwei Beamte wurden erzähliglich gemacht für Beträge, welche durch ihr Versehen gezahlt sind, die nicht hätten gezahlt werden brauchen.

um den Mann stand. Das besagt jedesfalls genug. Wir erwarten, daß sich unser Gewährsmann an dieser Berichtigung äußert.

Beide Friedrich der Große. Hier wird seitens der Belegschaft gellagt, daß keine Gesähwagen vorhanden sind. Das Gesähne wird auf dem Korb hergestellt und liegt zu jedemmanns Gebrauch offen. Das häufig Gezähne abhanden kommt, ist selbstverständlich, und wäre es unbedingt erforderlich, daß Gesähwagen angefertigt würden. Auch wird über das schlechte Sähne des Bohrer gellagt. Die Sähnen sind schmal und die langen weit, also gerade ungeeignet. Die Lampen sind ebenfalls in schlechten Zustande. Vergasgrube fehlt fast immer und ist es die reinste Plage, wenn man etwas haben muß. Desgleichen ist mit den Schienen. Da schneit, als ob man die Schienen ganz abschaffen wollte. Wer eine Schiene findet, dem gehts wie der blinden Hennen, die ein Horn gefunden hat. Wir bemerkten im Voraus, daß eine Berichtigung dieser Einsendung nicht nötig ist, da diese Missstände jedem Arbeiter der genannten Zeche bekannt sind.

Beche Hansa. Eine besonders liebenswürdige Behandlung wird den Arbeitern durch den Steigerleiter Völker zuteil. Am 28. Mai wurde einer Kameradschaft ein Wagen Kohlen unvorstückerweise umgeworfen, da kommt der Steiger L. den Kreisberg rausgeschossen und fragt kurz: "Wem gehört der Wagen?" Antwort: "Kohlennummer 182." Darauf fährt dieser Herr die Hauer an und schimpft dieselben aus als Drecksäuberer und faule Böller. Der Herr Steiger mag sich wohl selber gefüllt haben, sonst könnte er doch solche Ausdrücke nicht gebrauchen. Man muß schließlich auf solche Gedanken kommen. Wollen die Hauer Gedinge machen und der Herr Obersteiger kommt, so läuft der Steiger den Obersteiger und die Hauer nicht zu Worte kommen, denn er hat viel zu viel einzuhauen. Kameraden, die Missstände werben nicht eher bestreiten, bis wir alle dem Verbande der Bergarbeiter Deutschlands beigetreten sind.

Möllerschächte. Die niedergehende Konjunktur macht sich hier sehr bemerkbar. Die Gedinge sind seit ein paar Monaten erheblich reduziert worden. So zum Beispiel verblieb eine Kameradschaft im Kreis I des Steigerleiters Gebauer im März 4,52 M. pro Schicht. Ebenfalls läuft die Batteriführung im genannten Kreis teilweise zu wünschen übrig. Das Strafzettel wird gegen früher sehr gehandhabt. Haupsächlich wird wegen unzureichender Förderung viel gestraft. Auch läuft die Leerförderung des Abortkübel zu wünschen übrig. Das Aufzögern der Abortkübel und Mischen mit alkalischem oder anderen Mitteln scheint hier in Vergessenheit geraten zu sein, trotzdem die Möllerschächte zu den warmen Gedingen gerechnet werden müssen. Der Wort am Tage befindet sich in einem ekelregenden Zustand. Sieht die Verwaltung diese Zustände nicht? Die Novelle zum Berggesetz schreibt vor: Die Zeit der Seilschaft soll eine halbe Stunde dauern, wo es länger ist, da ist sie auf die Arbeitszeit zu schlagen. Trotzdem die Seilschaft fast dreiviertel Stunden dauert, hauptsächlich bei den ausfahrenden Bergensicht, besteht dieser Missstand schon lange. Was sagt die Bergbehörde dazu? Die Türen an den Körben sollen bei der Menschenförderung stets zugemacht werden. Dieses trifft sowohl zu, als gewöhnliche Sterbliche auf der Stage sind. Venutzt aber ein Förderer dazu den Korb, so werden die Türen offen gelassen. Will man dies so lange treiben, bis ein Unglück geschehen ist?

Beche Wiedenthalsbank. Es gibt wohl im Ruhebedien keine Zeche, wo so niedrige Löhne ausbezahlt werden, wie auf Beche Wiedenthalsbank (Stimmszettel). Löhne von 2,74, 2,88, 3,40 M. usw. werden jetzt ausbezahlt unter der Verwaltung des neuen Betriebsführers Höglund. Er sagt nämlich: Was verdient wird bekommt ihr, verdient ihr 8,- M. die erhalten ihr, verdient ihr 8,- M., bekommt ihr sie auch. Also arbeiten, arbeiten und wenn ihr alle laufen geht. Dabei steht das Gedinge so, daß man beim besten Willen und seines Arbeit nichts verdienen kann. Es ist schon so weit, daß an verschiedenen Rollenlasten des Tages vorne letzten und den letzten im Monat die Kohlen liegen bleiben müssen bis zum ersten des kommenden Monats, die Steiger sagen, sie wollen den kommenden ersten auch Kohlen fördern. Wäre es nicht für die Zeche, sowie für die Arbeiter zum Vorteil, wenn die Arbeiter nicht gezwungen würden, massenhaft laufen zu gehen? Herr Höglund, nicht sei eigenhändig und halten sie etwas Führung mit den Arbeitern, das sind auch Menschen, oder meinen Sie, der Mensch finde erst beim Betriebsführer an? Über auch die Steiger stehen nicht mehr unter der Aufsicht des Herrn Ausseemann, denn die tun und machen was sie wollen, auch den Arbeitern gegenüber sind die Steiger nicht mehr so human. Darum auch ihr Steiger, da wir doch noch schlimmer unter der Gewalt des Kapitals stehen, wie wir Arbeiter, gebraucht mehr Einsicht. Und ihr Arbeiter, soweit ihr noch nicht im Verbande seid, hinein in die Organisation und möglicht nicht über andere. Organisiert euch, denn nur geschlossene Einigkeit macht stark. Noch eins ihr Arbeiter, beacht auch die Waschklause, daselbst ist eine Wasserleitung, die dient zum Waschtrinken und nicht, wie viele Kameraden meinen, zum Waschen. Es ist schon vielen gefragt worden, aber es hilft nichts. Läßt das Waschen bei der Trinkwasserleitung sein.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Dippe.

Grube Hansa-Silberberg. Kaum sind die Differenzen auf Hansa Silberberg durch das Entgegenkommen der Verwaltung beseitigt und schon wieder gehen uns Klagen zu über Gedingsführung und allerlei Missstände. So berichtet man uns, daß den Förderleuten 3 Pfg. pro Wagen abgezogen seien. Die Triktwasserverhältnisse scheinen einen geradezu gefährlichen Charakter anzunehmen, denn das Trinkwasser soll so schlecht sein, daß nach Ansicht der Belegschaft ein vorgeliebener Trinkfall auf das schlechte Trinkwasser zurückzuführen ist. Am 4. Juni soll der Kgl. Bergrevierbeamte die Grube befahren und auf 514 Ort 9, 22 Grad Celsius Wärme festgestellt haben, worauf er die sechsständige Schicht anordnete. Über nach uns gewordenen Mitteilungen ist nun eine Schicht sechs Stunden gearbeitet worden, die nächste Schicht soll schon wieder achtständig verfahren werden. Weiters läuft die Bewetterung manches zu wünschen übrig. Ist schon im allgemeinen die Bewetterung der Stalzgruben infolge des noch bestehenden Eisenschichtsystems eine ungenügende, so läuft die Verwaltung von Hansa Silberberg des Nachts noch dazu den Ventilator stehen, anschließend um Kohlen zu sparen, so daß die Stalzschicht fast die ganze Zeit in dem vom Schieber herrührenden Qualm arbeiten muß, der nicht genügend abziehen kann. Der Lohnabzug, sowie das Aufstreten der alten Missstände bringt uns auf die Vermutung, daß es der Grubenverwaltung nicht ernst war mit ihrem abgegebenen Versprechen. Es zeigt uns dies auch, wie wenig Rücksicht die Grubenverwaltungen vor der Bergbehörde haben und wie wenig die heutige Grubendirektion instande ist, Missstände auf den Gruben zurückzudämmen. Eine Kgl. Bergbehörde, die sich so offenkundig auf Seiten der Grubenverwaltungen stellt, wie dies nach unserer Ansicht der Herr Kgl. Bergrat Most getan hat, die kann den Missständen nicht genügend Einhalt tun und vor den brauchen sich natürlich die Grubenverwaltungen auch nicht allzusehr zu fürchten. Den Arbeitern von Hansa-Silberberg raten wir: Halten die Augen offen, damit euch die Grubenverwaltung nicht eines schönen Tages überrumpelt. Besonders den Förderleuten möchten wir raten, daß zu halten in ihrer Schusteriet und der Grubenverwaltung keinen Auslaß zu Lohnabzügen zu geben. Kameraden! Seid fortgesetzt bedacht auf Stärkung des Verbandes, nicht nur auf eurem Werk, sondern auch auf den Nachbarwerken, damit wir nötigenfalls Angriffe des geeinten Unternehmertums auch einmütig zurückweisen können.

Königreich Sachsen.

Grube Anna. Auf dieser Grube sieht es traurig aus in Bezug auf die Bedeutung. Bei einer Belegschaftsstärke von rund 150 Mann gibt es acht Brausen. Obwohl die Zahl der Brausen zur Belegschaftsziffer gering ist, so ginge es aber immer noch, wenn die vorhandenen Brausen in brauchbarem Zustand wären. Oftmals gibt es kein Wasser, oder wenn dieses vorhanden ist, ist es eistalt. Den Namen "Eisefüll" verdient unter diesen Verhältnissen auf diesem Werk eine derartige Einrichtung nicht. Die Umkleideräume fehlen vollständig. Da wundert es auch weiter nicht, wenn ein großer Teil der dortigen Arbeiter den Schmutz mit nach Hause nimmt. Bei einer Beischwerde beim Obersteiger antwortete er: "Dann müssen wir für sie extra eine Badestube bauen". Wie möchten bemerken, daß dieses nicht notwendig ist, aber seine moralische Pflicht als Obersteiger ist doch zweifelslos die, daß er diesem Unheil abhilft. Ferner fehlt in den oftmaligen geprägten Wohlfahrtseinrichtungen (Familienhäuser) genügendes Trinkwasser; auch in sanitären Sicht läuft es dort viel zu wünschen übrig. Einige Arbeitnehmer scheinen noch nicht zu wissen, wann und wie lange die Pausen sind. Arbeitnehmer bedenken, wie schädlich ein derartiges Verhalten nicht allein auf eure Gesundheit, sondern auch auf das Gedinge ist. Bei der so überaus schweren Arbeit und oftmaligen schlechten Lohn ist die jetzige Arbeitszeit für die Gefundheit der unterdrückten beschäftigten Arbeitnehmer viel zu weit ausgedehnt. Deshalb Kameraden, raubt euch nicht selbst eure Pausen, sondern strebt eine Verkürzung der Arbeitszeit an, die für die Bergarbeiter in anderen Revieren längst schon durchgeführt ist. Wollt ihr eure wirtschaftliche Lage verbessern, wollt ihr die bestehenden Missstände beseitigen, wollt ihr, daß die Arbeitszeit verkürzt

wird, dann hielten in die gewerkschaftliche Organisation. Helft selber mit dafür zu sorgen, daß die uns immer noch versteckenden sich uns anschließen und ihren Beitrag in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands erklären.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Bahnshacht. Eine große Unterbrechung, welche ihre Ursache in dem Präparationsystem hat, ist auf Schacht II vorhanden. Um recht viel Kohlen herauszuholen, werden den Schachtanschlägern und Maschinenvorläufern Präparaten gezahlt, und zwar bei 70 Trieben in der Stunde 50, bei 50 Trieben 40, bei 50 Trieben 30 Pfg. Um nun ein paar Pfennige Präparat neben dem geringen Verdienst herauszuschlagen, wird darauf los gespielt, was das Herz hält. Das dadurch leicht etwas passieren kann, ist selbstverständlich. So wurde erst am 11. Mai der Korb aus der Schachtleitung gerissen, was zur Folge hatte, daß die Menschenförderung nur mit einem Korb vor sich gehen konnte. Dadurch dauert die Förderung viel länger als sonst. Die Kumpels kann fast eine Stunde später nach Hause. Schön oft haben wir uns mit dem Steiger Semper beschäftigen müssen, trotzdem scheint dieses noch wenig geschaut zu haben. So war zum Malshottag einem Arbeiter ein Posten doppelt abgezogen worden. Als nun dieser Arbeiter ein zweites Mal doppelt abgezogen worden, wurde ihm gelagt, daß er das Geld schon bekommen würde. Damit war dem Betreffenden nicht geboten, er verlangte das Geld sofort. Darauf wurde der Arbeiter zum 1., 2. und 3. Mal aufgefordert, den Verlegeraum zu verlassen. Als er dieses, ohne das Geld bekommen zu haben, nicht tat, wurde er ganz einfach unter Mithilfe eines Ausschusses hinausgeschmissen. Dabei erhielt der Mann einen Stoß, daß ihm der Hut vom Kopf flog. Ob Semper mit dieser Härde etwas beweisen wollte, wissen wir nicht. jedenfalls war der Widerstand des Arbeiters nicht dazu angekommen, ein solches Vorgehen zu rechtfertigen. Dieser Fall steht aber nicht vereinzelt da, war es doch auch Herr Semper, welcher einmal zu einem Schachtangreifer, der auch zu widerstreiten gewagt hatte, äußerte: "Wenn Sie nicht die Freiheit halten, so schmeißt ich Sie in den Sumpf!" Man kann es ja begreifen, wenn sich die Herren Beamten schlecht in die hiesigen Verhältnisse schicken. Wie schön war es doch früher auf den Pleißchen Gruben, wo die Arbeiter schon zehn Schritte vor den Vorgesetzten die Mühe unter den Kleinquatschen, um sich dann in demütiger Haltung an den Beamten vorzubereiten. Und dieses heute nicht mehr der Fall ist, daran tragen die Beamten absolut keine Schuld. Haben sich die Verhältnisse in dieser Hinsicht heute schon merklich verbessert, so muss erwartet werden, daß es noch viel besser wird, zum Vergleich der Beamtenfahrt, die sich vor lauter Einbildung selbst nicht mehr kennt.

Goldgrube. Auf genanntem Bergwerk wurden neulich aus allen Abteilungen Arbeiter zum Abteufen auf dem Juliusshacht verlegt. Die Steiger meinten, daß die Leute bei dieser Arbeit etwas mehr verdienen würden, was aber nicht zutrifft, denn 4 M. pro Schicht ist für diese nahe Arbeit nicht genug und es ist deshalb kein Wunder, wenn die Arbeitnehmer die Lust verlieren und ein Teil derselben dieses El Dorado schon wieder verlassen haben. Hat doch auch der Kapitalvertreter Grünert mehrere Mal und höchst erst im reizlosen "Feierabend" bestätigt, daß ein guter Lohn zum arbeiten mehr Mut gibt; also die Herren Beamten folgt Grünerts Rat. Auch scheinen die Steiger sich wenig um die Unfallverhütungsvorschrift zu kümmern, oder kennen sie dieselben nicht genau? Es scheint das nicht der Fall zu sein, sonst würden sie doch nicht die Arbeiter zum Fördern bestimmen, während die Schuhküche gelegt wird. Ferner wollen die Arbeiter wissen, warum diese Schuhküche demjenigen Steiger überlassen wurde, der den niedrigsten Preis dafür vorschlägt?

Goldgrube, II. Abteilung. Verschiedene Missstände haben sich hier wieder bemerkbar gemacht. Am 9. Mai 1908 kam hier ein Arbeiter von der Mittagschicht franz aus der Grube. Da es zur Markenabgabe noch 15-20 Minuten Zeit war, ging er in die Fahrerleiterstube, um dort seine Marke abzugeben. Da die Fahrerleiter zu dieser Zeit gerade in ihrem Abteil in der Wachstube waren, gab er die Marke dem Wächter. Hierauf schliefte er sich in die Waschküche, um sich zu waschen. Als er sich schon zur Hälfte entkleidet hatte, kam der Kauenwärter und verbot ihm das Waschen vor der allgemeinen Markenabgabe. Als jedoch von Seiten des betreffenden Arbeiters dem Verbote nicht Folge geleistet wurde, kam auch der Fahrerleiter Schneider hinzu, verbot ihm das Waschen ebenfalls mit dem Wörter, er solle sich einstweilen auf die Bank setzen, damit ihm der Kopf etwas ausziehe. Nun kann es wohl in Zukunft posseieren, daß der eine oder andere, wenn er ein paar Stunden vor Beendigung der Schicht franz wird und ausschaffen muss, bis zur Markenabgabe warten kann mit der Bergflutstieg, sich einstweilen gründlich den Kopf ausziehen zu lassen? Wie sieht es seiner mit den sogenannten herrenlosen Wagen aus? Kommen etwa keine mehr aus der Grube heraus? Auf der Tafel in der Verlesestube hat man schon lange keine mehr gesehen. Die Fahrerleiter gehen wohl auch etwas über ihre Befugnisse hinaus. Insbesondere trifft das beim Fahrerleiter Schneider zu, dessen Uhr sehr reparaturbedürftig zu sein scheint, weil sie ihm nie die richtige Zeit bei Beendigung der Schicht anzeigt. Er bedroht dann die Leute, weil sie nach seiner Meinung zu zeitig Schicht gemacht haben, mit Strafe, ausstellt sie nur beim Steiger Müller zu melden. Wie steht es mit dem Fahrer auf dem Pferdezug in der Rohrbahn? Wird ein Arbeiter dabei erstickt, daß er einmal mittsfähig, gleich prangt sein Name auf dem Schilderzettel. Die Herren Beamten fahren jedoch zum Teil fast jede Schicht mit dem Pferdezug. Es ist eine wahre Freude, wenn ein Pferdezug vorüberfährt mit dem Herrn Fahrerleiter so gemütlich in der Wagendecke, seine Lampe vorn

Und wie berichtet, daß in der ganzen Abteilung nur ein Kabel vorhanden ist, was zur Folge hat, daß die Kumpels eine Viertelstunde laufen müssen, ehe sie zum Kabel gelangen. Weiter wird es als großer Wohlstand empfunden, daß die Leute, welche auf der vierten Stufe arbeiten, sich das nötige Holz selbst vor Ort schaffen müssen. Früher wurde das Holz bis vor Ort geteert, was eine große Erleichterung für die Arbeiter war. Nun aber ein paar Leute für das Holz zu sparen, hat man jetzt herausgestellt, daß die Arbeiter, welche doch vor Ort genug schaffen können, auch diese Arbeit, ohne einen Pfennig dafür bezahlt zu erhalten, noch mitmachen müssen. Besonders peinlich ist es noch darum geschissen, daß bei der Fräschicht punkt S Uhr das Holz vor Ort geschafft wird, damit keine Minute zum Wöhnen nach Hause verloren geht. Da das Holz meistens sehr knapp ist, außerdem zu wenig Fahrzeuge zum Holzfahren vorhanden sind, so können die Kumpels nicht zeitig genug in die Grube fahren, um nur die Gelegenheit zu haben, sich schon vor Ablauf der Schicht nützlich zu arbeiten. Hoffentlich genügt der Humpels auf diesen Nebelschiffen, um die Grubenverwaltung zu veranlassen, biesen so bald wie möglich abzuschaffen. Der Prost wird nicht darunter zu leiden haben.

Muldenschacht. Am 28. Mai verunglückte hier der Kamerad Willi. Wirt zu Ende, indem er, auf einem Fördergestell arbeitend, mit diesem in die Tiefe stürzte und mit gebrochenen Beinen und Rückgrat hervorgeholt wurde. Es ist dies seit Tagen der zweite Todesfall auf genanntem Schacht. Angefangen dessen wäre zu wünschen, daß die Bergbehörde dort einmal gründlich hinsehen würde. Ich genüge.

Baumenschacht. (I. Abteilung.) Um Baumstoffsäle zu verhindern, wäre dringend zu wünschen, daß beim Sichtwechsel auf der Stoßkluft, wo die Leute hin- und herlaufen müssen, die Förderung eingestellt werde, denn die Kumpels wissen oft nicht, wo sie hinspringen sollen, wenn ein Stoßwechsel angekündigt kommt. Dadurch müssen Baumstoffsäle hervorgerufen werden; hoffentlich sieht auch die Grubenverwaltung das gefährliche ihres Tunns ein und schafft diesen Missstand ab.

Gegen-Gottesgrube. Wer als Freinder diesen Platz besucht, wird,

der Meinung sein, daß hier fast ausschließlich Schlepper beschäftigt sind. Das kommt daher, weil viele Leute wegen Mangels an Schleppern ganz einfach hören müssen. Dieser Schleppermangel, welcher chronisch zu werden scheint, ist nicht etwa eingerichtet, weil zu hohe Löhne verbreitet werden. Um Gegenstand. Well die Entlohnung eine ungewöhnliche ist, deshalb der Leidenschaft. Obwohl von schlechtem Geschäftshang bis dato nichts zu spüren war, so werden doch schon die Löhne reduziert. Hauerlohn bis 3,41 M., Schlepperlohn bis 2,80 M., herunter kann man hier überfinden. Dabei müssen viele zum Schluss des Monats nicht, was sie eigentlich verdient haben; ist es doch schon vorgekommen, daß zum 31. Monat der Steiger das Gehänge noch einmal reduziert. Auch die Nebenarbeiter haben sich über zu hohe Entlohnung wahrhaftig nicht zu beklagen. Erhalten doch die erwachsenen Arbeiter 2,50 M. pro Tag und darüber. Für diesen horrenden Verdienst müssen die Arbeiter noch manche Schmeichelei von Seiten der Beamten mit ausstehen. Besonders der Ausschirf Baal leistet sich in Punkt Schmeichelein gong eitelkeiten. „Verfaulte Hunde“ usw. sind gewiß Titulationen, welche einem Beamten alle Ehre machen. Neben diesem oben angeführten ist es der Holztransport, worüber Klage geführt wird! Schon vom Schacht aus muß öfters das Holz mitgenommen werden. Dieser Zustand wäre leicht zu beenden, wenn man ein paar Holzfächer einstellen wollte. Daß die Wasserleiter schlecht geschlängt werden, infolgedessen die Arbeiter, besonders die Schlepper, im Wasser waten müssen, gehört gewiß nicht zu den Unannehmlichkeiten eines Bergarbeiters, es kommt aber zu häufig vor. Ist hier zu viel Wasser vorhanden, so kann das in bezug auf das Trinkwasser absolut nicht behauptet werden. Bis 200 Meter müssen die Leute laufen, wenn sie Trinkwasser haben wollen. Zu rüggen ist ferner, daß die Abortkübel schlecht geleert werden. Wenn solche Zufälle vorhanden sind, so muß deshalb, weil die Arbeiter von der Grubenverwaltung als noch sehr ehrlich eingeschätzt werden. Würden die Arbeiter der Gegen-Gottesgrube sich Main für Main dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands anschließen, gar bald wären bessere Zustände vorhanden. Doch darin bleibt noch vieles zu wünschen übrig, obwohl in garnicht verkannt werden soll, daß auch das Organisationsverhältnis auf oben genannter Stelle schon um vieles besser geworden ist.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Schwarze Listen im Ruhrgebiet.

Was fragen die Grubenbesitzer nach dem Staatsanwalt! Ihre letzte Liste, die sie ausgesetzt haben, enthält circa 8000 Namen. 3000 Menschen sollen für drei bis sechs Monate nicht mehr auf den Ruhegruben angelegt werden, weil sie den Bechenherren nicht gefallen. Schreit ein solches Vorgehen nicht zum Himmel! Viele Hunderte Arbeiter haben ins Gefängnis wandern müssen, weil sie Streikbrechern gegenüber sich nicht der Höflichkeit bedienten, wie sie die Staatsanwalte voraussetzen. Hier hindert man Tausende an freiwilliger Arbeit, man lacht über die Veröffentlichungen und setzt mit den schwarzen Listen weiter fort. Es liegt im öffentlichen Interesse, daß die zuständige Staatsanwaltschaft recht bald erklärt, wie sie vorzugehen gedenkt. Wir und mit uns Millionen anderer halten ein solches Vorgehen der Grubenherren für höchst gesetzeswidrig und darum steht das Recht auf unserer Seite, wenn wir Auflösung verlangen. Es wird der Staatsanwaltschaft nicht so schwer fallen, wie der Essener Polizeibehörde, die Väter und Mutter der Schwarzlistensherrschaft herauszufinden. Herr von Bülowstein wird der Staatsanwaltschaft gewiß zuvor kommend Auflösung geben. Wir verlangen, daß Remondie geschaffen wird. Entweder sagt man uns, daß die Werksherren tun können was sie wollen in dieser Beziehung, oder aber man geht strafrechtlich gegen das Herrenmenschentum vor. Eins von beiden wird geschehen müssen, Herr Staatsanwalt, wenn wir an unserer Gesetzgebung und Rechtsprechung nicht völlig den Glauben verlieren sollen. Wegen einer Kappalie wird hier und dort im öffentlichen Interesse eingegriffen, hier, wo es sich um das Brot und die Existenz tausender handelt, liegt hierzu erst recht die doppelte Pflicht vor. Nochmals ersuchen wir um Antwort und Auflösung, wie die Dinge sich gestalten sollen. Sonst sind wir nicht ruhig zu bekommen.

Der eingefeierte Behrens!

Als Franz Behrens wegen seiner Haltung zum Vereinsgesetz selbst von seinen Freunden gefordert wurde, war er sich in die Brust und pfeiste den Getränkten. Ob seine Kritiker nicht wüssten, daß er ein geborenes Genie wäre, dem eine Unnachtheit überhaupt nicht passieren könnte. So war es wohl? Franz Behrens gab nämlich der erstaunten Welt und, daß er durch seine Haltung bei der Abstimmung über das Vereinsgesetz den Minister habe herausfordern wollen, damit dieser erläutere, ob der Sprachenparagraph auch auf die Gewerkschaften angewendet werden sollte. Der Minister verstand Behrens und gab beruhigende Erklärungen ab. Die Gewerkschaften setzten den Sprachenparagraph nicht getroffen werden. Franz Behrens war nun eben draußen, missleidig lächelte er seine Kritiker, die sich später an seine Person wagten. Franz Behrens gehörte nur einzige und allein der Ruhm, festgestellt zu haben, daß den Gewerkschaften durch das Vereinsgesetz keine Gefahr drohe. Darum stimmt Behrens denn auch einmal dafür, einmal dagegen, um sich zum Schluß der Stimme zu enthalten. Wirklich ein genialer Mann, dieser Generalsekretär des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter! Wie ist es nun gekommen? Wir, die wir befürchteten, daß trotz Ministererklärungen auch die Gewerkschaften unter den Sprachenparagraphen fallen würden, haben recht behalten. Das beweisen Mitteilungen, die der Vertreter der polnischen Bergbauvereinigung Sosinski auf dem internationalen Kongress zu Paris zum Besten gab. Sosinski besuchte sich in einer Rede auch mit einem Sprachenparagraph und führte nach einem uns vorliegenden Bericht folgendes aus:

„Es ist ja bekannt, wie wir Polen in Preußen behandelt werden. Die Enteignungsvorlage trifft hauptsächlich die Arbeiter. Der vertriebene polnische Landbevölker kann sich anderwärts Land kaufen, was

aber sollen die auf den Wöhnen beschäftigten polnischen Landarbeiter anfangen? Sie müssen nach Westfalen und Westfalen auswandern. Dort drücken die Unionen auf die Wohnungsverhältnisse auf. Die Wohnungsmarkt ist der § 7 des Bergarbeitergesetzes. Die Unternehmer des Ruhrreviers, die ihn in erste Linie verlangt haben, wünschen schon, was sie wollten. Wird den Polen der Gebrauch der Muttersprache in den Versammlungen verboten, dann kommen wir nicht an die Unionen heran und sie bleiben billige und willige Arbeitskräfte. Pfui! Rufe der englischen Delegierten.“ Nun hat Staatssekretär v. Behmann-Höllriegel erklärt, daß bei der Fräschichtpunkt S Uhr das Holz vor Ort geschafft wird, damit keine Minute zum Wöhnen nach Hause verloren geht. Da das Holz meistens sehr knapp ist, außerdem zu wenig Fahrzeuge zum Holzfahren vorhanden sind, so können die Kumpels nicht zeitig genug in die Grube fahren, um nur die Gelegenheit zu haben, sich schon vor Ablauf der Schicht nützlich zu arbeiten. Hoffentlich genügt der Humpels auf diesen Nebelschiffen, um die Grubenverwaltung zu veranlassen, biesen so bald wie möglich abzuschaffen. Der Prost würde nicht darunter zu leiden haben.

Muldenschacht. Am 28. Mai verunglückte hier der Kamerad

Willi. Wirt zu Ende, indem er, auf einem Fördergestell arbeitend, mit

diesem in die Tiefe stürzte und mit gebrochenen Beinen und Rückgrat

hervorgeholt wurde. Es ist dies seit Tagen der zweite Todesfall auf

genanntem Schacht. Angefangen dessen wäre zu wünschen, daß die Berg-

behörde dort einmal gründlich hinsehen würde. Ich genüge.

Baumenschacht. (I. Abteilung.) Um Baumstoffsäle zu verhindern,

wäre dringend zu wünschen, daß beim Sichtwechsel auf der Stoßkluft,

wo die Leute hin- und herlaufen müssen, die Förderung eingestellt werde,

denn die Kumpels wissen oft nicht, wo sie hinspringen sollen, wenn ein

Stoßwechsel angekündigt kommt. Dadurch müssen Baumstoffsäle hervorgerufen werden; hoffentlich sieht auch die Grubenverwaltung das gefährliche ihres Tunns ein und schafft diesen Missstand ab.

Gegen-Gottesgrube. Wer als Freinder diesen Platz besucht, wird,

der Meinung sein, daß hier fast ausschließlich Schlepper beschäftigt sind.

Das kommt daher, weil viele Leute wegen Mangels an Schleppern ganz

einfach hören müssen. Dieser Schleppermangel, welcher chronisch zu

werden scheint, ist nicht etwa eingerichtet, weil zu hohe Löhne verbreitet

werden. Um Gegenstand. Well die Entlohnung eine ungewöhnliche ist,

deshalb der Leidenschaft. Obwohl von schlechtem Geschäftshang bis

dato nichts zu spüren war, so werden doch schon die Löhne reduziert.

Hauerlohn bis 3,41 M., Schlepperlohn bis 2,80 M., herunter kann

man hier überfinden. Dabei müssen viele zum Schluss des Monats

nicht, was sie eigentlich verdient haben; ist es doch schon vorgekommen,

dass zum 31. Monat der Steiger das Gehänge noch einmal reduziert.

Auch die Nebenarbeiter haben sich über zu hohe Entlohnung wahrhaftig nicht zu beklagen. Erhalten doch die erwachsenen Arbeiter 2,50 M.

pro Tag und darüber. Für diesen horrenden Verdienst müssen die

Arbeiter noch manche Schmeichelei von Seiten der Beamten mit ausstehen.

Besonders der Ausschirf Baal leistet sich in Punkt Schmeichelein gong eitelkeiten. „Verfaulte Hunde“ usw. sind gewiß Titulationen,

welche einem Beamten alle Ehre machen. Neben diesem oben angeführten

ist es der Holztransport, worüber Klage geführt wird! Schon vom

Schacht aus muß öfters das Holz mitgenommen werden. Dieser Zustand

wäre leicht zu beenden, wenn man ein paar Holzfächer einstellen wollte.

Daß die Wasserleiter schlecht geschlängt werden, infolgedessen die Arbeiter,

besonders die Schlepper, im Wasser waten müssen, gehört gewiß nicht zu

den Unannehmlichkeiten eines Bergarbeiters, es kommt aber zu häufig vor.

Ist hier zu viel Wasser vorhanden, so kann das in bezug auf das Trink-

wasser absolut nicht behauptet werden. Bis 200 Meter müssen die Leute

laufen, wenn sie Trinkwasser haben wollen. Zu rüggen ist ferner, daß die

Abortkübel schlecht geleert werden. Wenn solche Zufälle vorhanden sind,

so muß deshalb, weil die Arbeiter von der Grubenverwaltung als

noch sehr ehrlich eingeschätzt werden. Würden die Arbeiter der

Gegen-Gottesgrube sich Main für Main dem Verband der Bergarbeiter

Deutschlands anschließen, gar bald wären bessere Zustände vorhanden.

Doch darin bleibt noch vieles zu wünschen übrig, obwohl in garnicht

verkannt werden soll, daß auch das Organisationsverhältnis auf oben

genannter Stelle schon um vieles besser geworden ist.

Die freien Gewerkschaften im Jahre 1907.

Nach einem uns vorliegenden Bericht betrug 1907 die Mitgliederzahl

der freien Gewerkschaften in Deutschland im Jahre 1907 durchschnitt

1 845 500

gegen 1 689 700 im Jahre 1906, also ein Mehr von 157 707.

Einnahmen und Ausgaben stellten sich wie folgt:

	1906	1907
Einnahmen	41 602 000 M.	51 390 744 M.
Ausgaben	30 963 413 "	43 122 519 "
Bestandsaufwand	25 812 884 "	33 245 545 "

Selbstverständlich war der Mitgliederbestand am Jahresende 1907 ein höherer, da hier nur das Jahresmittel des Mitgliederstandes in Frage kommt. Besser als die Zahlen hierüber kommt die Stärkung der freien Gewerkschaften in ihrer Finanzierung zur Gestaltung. Die Einnahmen sind nunmehr um 10 Millionen Mark gestiegen, auf mehr als 51 Millionen Mark. Die „Niedergeraden“ können auf dieses Resultat stolz sein. Wie wird es bei den Gewerkschaften aussehen, die das „Niedergeraden“ besitzen?

Der I. internationale Kongress für Rettungswesen.

welcher in Frankfurt a. M. in der Akademie für soziale und Handels-

wissenschaft (Kügelhaus) vom 10. bis 14. d. M. tagte, bot des Interesses

jeher viel. Fast sämtliche Staaten hatten Vertreter entsandt. Außer

Deutschland und den Einzelstaaten waren vertreten Frankreich, England,

Österreich, Italien, Belgien, Holland, Schweiz, Ungarn, Schweden,

Norwegen, und sogar eine Delegation Japaner hatten sich eingefunden.

Es war also kein Kongress, der von Arbeitern veranstaltet wurde, trotzdem aber hatte auch unser Verband eine Vertretung, bestehend aus den Kameraden Jungesblut, Hansmann, Waldheuer und Wagner entsandt. Auch die Gewerkschaften noch manche Schmeichelei in's Gelenk gebracht haben - wie es bei dem Kameraden Martini der Fall war. Wir gratulierten den Bergknappen zu ihren Erfolgen; der Zuhörer, den sie im vergangenen Jahr ausstießen im „Bergknappen“, als Göttje im ersten Termine wegen Beleidigung der Auszugsmitglieder bestraft wurde, wird nun wohl ein wenig gedämpft sein. Wahrscheinlich, der Gewerksverein hat mit seinen Auszugsmitgliedern schon manche schwere Erfahrung gemacht. Die Münzen-Gladbacherei feierten zehn Jahre lang mit dem Material unher, falls sich im Verbande ähnliches zeigte, so aber

sunden worden. Die Kontrolle der Auszugsmitglieder hatte gemessen stattgefunden mit den Beamten und mit Polizeiern. Unsere Verbandskameraden aber kamen her und brachten Nachkontrolle, so gründlich, daß nicht nur das von Hengsbach angeführte bestätigt wurde, sondern daß die Wohnungsinhaber noch bedeutend schlimmer waren. Die einzelnen Wohnungen wurden angegeben, dann blieb es stunden im Zeichnungen, nicht einmal der Bergknappen getragen, getragen sich, den christlichen Ausdruck in Schutz zu nehmen, er wußte, daß seine Vorfahren verurteilt. Auf der Generalversammlung das Bergarbeiterverbandes im vergangenen Jahr wurde gleichfalls das Wohnungswesen besprochen und das Vorhaben des Arbeitsausschusses plädiert. Kamerad Göttje zeigte an der Hand von einigen Beispielen, welcher Art auch sonst diese Auszugsmitglieder sind — der eine (Hansler) hatte mit dem Peterstuhl vom Steiger Lampe einmal Peitsche erhalten, ohne sich zu wehren, und der andere, Hartmann, ließ sich, trotzdem er kein Werk dazu hatte, als Christ noch meutiger, für die von ihm ausgefertigten Gefangen an die Geheimunterstützungskasse bezahlen. Göttje hatte den einen Fehler begangen, die genaue Höhe dieser Bezahlungen anzugeben, im ersten Falle wieder sollte Göttje gelagt haben, daß sich Hansler trotzdem er ein barmheriger Mensch ist, ebenfalls für die Peitsche bedauert hätte, was Göttje nicht gesagt haben wollte. Er blieb auch später vor Gericht dabei und wurde deshalb freigesprochen. Die Geschichte, daß G. Peitsche erhalten hatte, war bewiesen. Weil Hartmann nun nicht die genannten angegebenen 20 M. sich für seine schriftlichen Gefangen hatte zahlen lassen, sondern weniger, verlangte er nicht nur Göttje, sondern auch die Redaktion der „Bergarbeiterzeitung“ will sie hierüber das Protokoll der Generalversammlung gebracht hatte. Aber schon in diesen Terminen schafft Hartmann schlecht ab. Durch Zeugen wurde ihm nachgewiesen, daß er etwas im letzten Elend irgendwo Bergarbeiterkünsten Bezahlung für seine Gefangen abgeführt hatte — was so unrechtmäßig wie nur möglich war. Es fanden dieferthalb mehrere Termine statt. Welches Interesse der Gewerksverein an der Sache hatte, beweist, daß er den Beisitzerleiter Klimenti an den Terminen in Bochum teilnehmen ließ. Unser Redakteur wurde bestraft mit 20 M., da er nicht nachweisen konnte, daß es auch genau 20 M. waren, die sich Hartmann hatte zahlen lassen. Nun, es kam ja üblicherweise nicht auf die Höhe an, sondern darauf, daß Bezahlungen vorgenommen waren, was Hartmann in Bochum nicht mehr abstreiten konnte. Schlimme für Hartmann fiel der Prozeß aus, den er gegen Göttje anstrengte. Auch hier fanden eine Reihe Termine statt, der letzte vorzeitig vorzeitig in Oberhausen statt. Wie hier fanden eine Reihe Termine statt, ob der Bergknappen“ hier

